

WIR

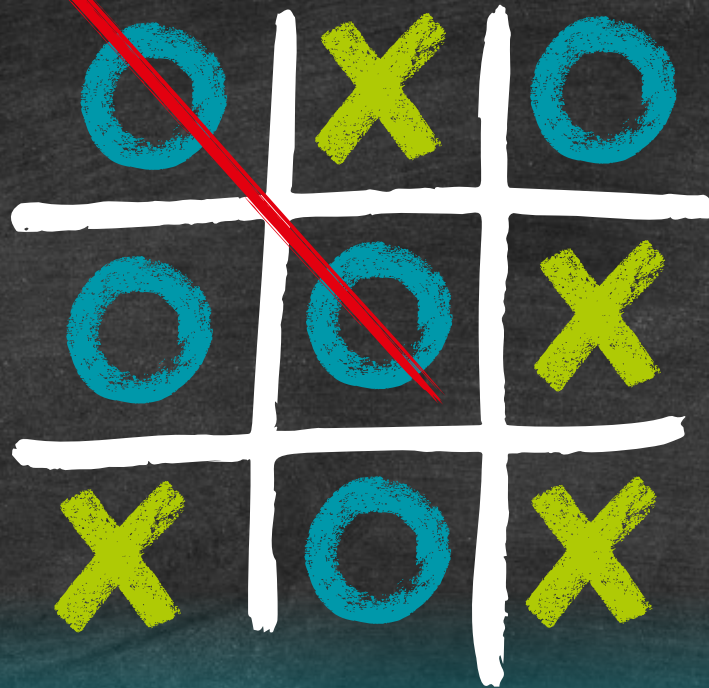


Magazin der Jungen Bürgermeister*innen

KOMMUNALEN

1/24

KOMMUNEN



Think outside the box

Unkonventionelle Konzepte, die überzeugen



NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN

ZEIG, WER DU BIST!

*Finde deinen Style
im NJB-Shop*



Die Gewinne aus dem Shirtverkauf kommen der Fußballeuropameisterschaft der Bürgermeister Anfang Mai in Leipzig zugute



Bürgermeister*in ist man mit Leib und Seele, warum dann nicht auch das Bürgermeister*in-Sein auf der Brust tragen?

Fürs Amt braucht man nicht nur Kostüm oder Anzug, sondern auch mal einen coolen Hoodie, ein schickes T-Shirt oder eine Base-Cap.

Zudem gibt es auch unser Netzwerk-„N“ oder das Netzwerk-Logo auf Shirts und Hoodies, aber auch auf Tassen, Kappen oder Turnbeuteln.

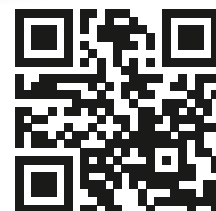


BRGR MSTR



NJB-SHOP.MYSPREADSHOP.DE

Willkommen im NJB-Shop.
Schau doch mal vorbei und finde dein Produkt.



Liebe Bürgermeister*innen, liebe kommunal Interessierte,

im vorliegenden Heft stehen unkonventionelle Lösungsansätze für kommunale Herausforderungen im Mittelpunkt. Wenn es scheint, als ob wir in einer Sackgasse stecken, kann es helfen, einen Schritt zurückzutreten, um neue Wege zu erkunden. Auch unsere lokale Demokratie braucht neue Impulse, damit nicht die rechten Populist*innen mit ihrem Narrativ vom Scheitern des Staates die Oberhand gewinnen.

Für das Grußwort konnten wir Carsten Schneider, den Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, gewinnen (Seite 4). Gerade wenn es kompliziert erscheint, brauchen wir frische Ansätze, um aus eingefahrenen Pfaden auszubrechen und unsere Gemeinden wieder handlungsfähig zu machen. Ihr erfahrt, warum Fördermittel nicht automatisch zu handlungsfähigen Kommunen führen (Seite 8). Vor Ort erleben die Menschen hautnah, ob unsere Demokratie funktioniert oder nicht. Für ein demokratisches Miteinander steht auch unser Netzwerk. Dazu führen wir viele Gespräche (Seite 10) oder wenden uns mit einem viel beachteten Aufruf gegen rechte Deportationsfantasien an die Öffentlichkeit (Seite 12). Die Herausforderungen sind riesig. Elisabeth Niejahr von der Hertie Stiftung schreibt darüber, ob die kommunale Demokratie auf der Kippe steht (Seite 14).

Aber zu den konkreten Ideen: Es scheint, die Share Economy hält Einzug in Kommunen. Man kann Bürgermeister mieten (Seite 16), Mobilität (Seite 18) oder den Bauhof (Seite 19). Fachkräftemangel begegnet man mit Social-Media-Recruiting (Seite 20). Und für ungewöhnliche Bürger*innenkommunikation blicken wir nach Beratzhausen (Seite 22) und nach Zossen (Seite 24).

Diese Beiträge zeigen, dass es keine universelle Lösung für kommunale Herausforderungen gibt, sondern dass vielmehr Vielfalt und Kreativität gefragt sind. Nur so können wir sicherstellen, dass lokale Demokratie lebendig bleibt und die Menschen in unseren Städten und Gemeinden erfahren, dass sich Engagement für ihren Ort auch lohnt.

Zum Schluss noch Ausblicke auf Veranstaltungen zum Thema Kreative Verwaltung (Seite 28) und eine ausführliche Vorschau auf unsere Jahreskonferenz im Mai (Seite 29) – jetzt schnell anmelden.

Viel Spaß beim Blick über den Tellerrand!




Henning Witzel

Verbandsgeschäftsführer Netzwerk Junge Bürgermeister*innen



Foto: Ingo Beelter/ASK Berlin



*„Wenn es scheint,
als ob wir in einer
Sackgasse stecken,
kann es helfen, einen
Schritt zurückzutreten,
um neue Wege zu
erkunden.“*





Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland

Foto: Bundesregierung / Steffen Kugler



CARSTEN SCHNEIDER
Beauftragter der Bundesregierung
für Ostdeutschland

**Liebe Bürgermeisterinnen, liebe Bürgermeister,
liebe Freundinnen und Freunde der Kommunalpolitik,**

in diesen Wochen gehen Hunderttausende Menschen auf die Straßen und demonstrieren für die Grundwerte unserer Demokratie. Die bislang schweigende Mehrheit der Bevölkerung steht auf und zeigt Flagge gegen Rechtsextremismus. Dieses öffentliche Bekenntnis stärkt auch den vielen engagierten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern den Rücken bei ihrer täglichen Arbeit.

Deutschland steht vor einem entscheidenden Wahljahr. Nicht nur werden im September 2024 drei ostdeutsche Landtage neu bestimmt: in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Auch wählen die Bürgerinnen und Bürger am 9. Juni in neun Bundesländern – parallel zur Europawahl – neue Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Gemeinderäte. Alle drei politischen Ebenen sind wichtig für die weitere Entwicklung unseres Landes. In Brüssel wird mittlerweile ein großer Anteil der nationalen Gesetzgebung entschieden. Die Landtage sind für zentrale Politikfelder wie die Kultur- und Bildungspolitik verantwortlich. Doch gerade in der Kommunalpolitik werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Sie ist das Fundament unserer Demokratie. Kommunale Entscheidungen haben unmittelbare Auswirkungen auf unseren Alltag – von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen über die Infrastruktur bis hin zur Förderung von Kultur und Sport. Auch könnten ohne die Unterstützung vor Ort weder die Energiewende noch Industrieansiedlungen in die Tat umgesetzt werden.

Umfragen zeigen, dass die Kommunalpolitik in Deutschland ein hohes Ansehen genießt. Das bedeutet auch eine Verantwortung für die Demokratie. Zugleich haben Sie als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker konkrete Gestaltungsmöglichkeiten und damit die Chance, frische Impulse zu setzen und neue Wege zu beschreiten, um unsere Städte und Dörfer lebenswerter und zukunftsfähig zu machen. Dazu möchte ich Sie von Herzen ermutigen: Füllen Sie unsere Demokratie weiter mit Leben, gestalten Sie Ihre Heimat und setzen Sie sich für Ihre Visionen und Ideen ein.

Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen ist ein lebendiges Beispiel dafür, wie Menschen aktiv Verantwortung übernehmen und die Zukunft ihrer Gemeinden in die eigenen Hände nehmen. Gerade in der kommunalen Politik, wo der Staat für die Menschen erlebbar wird, sind solche Netzwerke von großem Wert. Sie ermöglichen einen regen Austausch von Best Practices, fördern die Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg und stärken das Wir-Gefühl unter den kommunalen Führungskräften.

Ich möchte mich bei allen, die kommunalpolitisch aktiv sind, herzlich bedanken und freue mich, an der Jahreskonferenz Netzwerk Junge Bürgermeister*innen im Mai 2024 teilzunehmen. Für Ihre Arbeit wünsche ich Ihnen viel Erfolg und viel Freude.

Carsten Schneider

Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland

WARUM WIR DABEI SIND



Ryann Alshebl,

Bürgermeister der Gemeinde Ostelsheim

„Mit unter 30 zum Bürgermeister gewählt zu werden ist ein Privileg, hohe Verantwortung und alles andere als selbstverständlich. Dafür sind junge Bürgermeister*innen eine Erneuerungschance für Kommunen. Wir gehören einer Generation an, die die deutsche Transformation mittragen und gar maßgeblich mitbestimmen wird. Dafür ist das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen meines Erachtens Gold wert!“



Foto: privat



Stefan Niclas Bohlen,

Bürgermeister der Stadt Kaltenkirchen

„Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen schätze ich für den praktischen Austausch und die interkommunale Zusammenarbeit. Es ermöglicht uns, über politische Grenzen hinweg innovative Lösungen für unsere Gemeinden und Städte zu entwickeln. Das Rad muss auch nicht immer neu erfunden werden. Hier hilft der kollegiale Austausch. Zudem bereichert uns die Vielfalt der Perspektiven. Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen fördert Solidarität und stärkt das Engagement für zukunftsfähige Städte. Es zeigt: Gemeinsam erreichen wir mehr.“



Foto: ad Photographie, Kaltenkirchen

Foto: privat



Sandra Möller,

Bürgermeisterin der Gemeinde Schinkel

„Die Teilnahme am Netzwerk Junge Bürgermeister*innen ist von unschätzbarem Wert für mich als Neubürgermeisterin. Der rege Austausch von Wissen und Erfahrungen mit Gleichgesinnten bereichert das eigene Denken und trägt dazu bei, neue Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Daneben erleichtert das Wissen, nicht alleine zu sein, den Umgang mit schwierigen Situationen.“



Foto: Makoschey



Sascha Thamm,

Bürgermeister der Gemeinde Neukirchen/Erzgebirge

„Als junger Bürgermeister sehe ich mich in der Verantwortung, klassische Verwaltungsstrukturen zunehmend infrage zu stellen und kommunale Aufgaben neu zu strukturieren. Ich möchte meine Gemeinde gestalten und dafür gegebenenfalls neue Wege gehen. Im Netzwerk kann ich mich mit Gleichgesinnten austauschen, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Die Möglichkeit, sich gegenseitig zu inspirieren, Projekte zu besprechen und von Erfahrungen anderer zu lernen, empfinde ich als einen tollen Mehrwert.“



Foto: Georg Dostmann



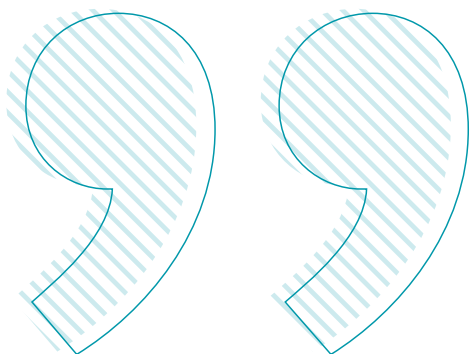
Anna Walther,

Bürgermeisterin der Gemeinde Schönaich

„Unsere Demokratie ist auf kommunaler Ebene, auf der Basis der Bundesrepublik Deutschland, fest verankert. Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen stellt für mich eine hervorragende Möglichkeit dar, im kollegialen Dialog an Strategien zur Bewältigung aktueller Herausforderungen zu arbeiten und so zum Erhalt unserer Demokratie beizutragen. Wir müssen optimistisch und entschlossen an die uns gestellten Aufgaben herangehen und unseren Kommunen dabei helfen, resilient und gut gelaunt zu werden.“



Foto: Benjamin Knoblauch



MEIN RATHAUS ...

Samtgemeinde Apensen

Der Rohdiamant auf der Geest

Die Samtgemeinde Apensen liegt im Landkreis Stade. Hier sind Elbe, Altes Land und Hamburg zum Greifen nah und die Mieten im Vergleich zur Großstadt noch günstig. Dies zieht auch immer mehr Familien in unsere schönen Mitgliedsgemeinden Apensen, Beckdorf und Sauensiek. Angefangen als kleine Dörfer und im Rahmen der Gebietsreform 1972 zwangsverheiratet, braucht sich keine der Ortschaften zu verstecken.

So reizt Sauensiek mit seinem idyllischen Wiegerser Forst, und auch der Litbergturm hat es dank Carl Friedrich Gauß auf den 10-Mark-Schein geschafft.

In Beckdorf kann man sich den Raubrittern widmen. Hier sind Reste der Dannseeburg zu finden, und auf dem Beekhoff steht der Nachbau einer Blide, wie sie im Mittelalter zum Abschließen von Steinbrocken und Feuerkugeln genutzt wurde. Einmal jährlich beim Blidenfest dürfen wir sie live erleben.

Apensen als größte Mitgliedsgemeinde und Grundzentrum bietet fußläufige Infrastruktur zu vier Kindergärten, einer Grundschule, einer Oberschule und seit zehn Jahren auch einer Waldorfschule mit Flair.

Dass die Samtgemeinde Apensen sich nicht über Bevölkerungsfucht beschweren kann, zeigt der stetige Zuzug, sodass in den letzten 15 Jahren ein Wachstum von 7.000 auf 10.000 Einwohner*innen für uns spricht. Seitens Verwaltung und Politik wurde aber auch kräftig investiert. So wurden zwei Kitas neu- und vier Kitas angebaut sowie Schulen erweitert. Stillstand ist nicht angesagt. So wird kräftig weiter investiert, zum Beispiel in einen Bürger*innenpark und Ladesäulen.

Das Rathaus selbst ist unser größter Stolz: ein 1995 umgebautes Bauernhaus mit nordischem Charme, das unter Denkmalschutz steht. Das Trauzimmer macht uns auch für Hamburger*innen zum Hochzeitsmagneten.



PETRA
BECKMANN-FRELOCK
Bürgermeisterin der
Samtgemeinde Apensen

Foto: privat



Fotos: Samtgemeinde Apensen



Foto: Edgar Rot

Fördermittel – Gefahr für die Demokratie?

Welche Bedeutung wird Kommunen zugeschrieben und wie gelingt integrierte Gestaltung?

PROF. DR. ULF PAPENFUSS

Zeppelin Universität Friedrichshafen,
Lehrstuhl für Public Management &
Public Policy, forscht im Kontext Public
Corporate Governance



MICHAEL SALOMO

Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim
und Bundesvorsitzender des Netzwerks
Junge Bürgermeister*innen



Foto: privat

Foto: Stadt Heidenheim

PRAXIS TRIFFT WISSENSCHAFT

Prof. Dr. Ulf Papenfuß und **Michael Salomo** erläutern jeweils aus ihrer Sicht aktuell besonders wichtige Herausforderungen von Kommunen und kritische Faktoren im Kontext von Fördermitteln.

Professor Papenfuß, Förderprogramme und Fördermittel für Kommunen werden kontrovers diskutiert. Was sind hier für Kommunen wichtige Zukunftsfaktoren?

Prof. Ulf Papenfuß: Zentral sind bedarfsgerechte Förderprogramme, die Belassung von situationsgerechten Gestaltungsspielräumen, eine bessere Abstimmung der Programme auf kommunale Bedürfnisse, die Vereinfachung von Antrags- und Nachweispflichten, die Unterstützung kleinerer Kommunen und der Ausbau des interkommunalen Austauschs. Die Effektivität von Fördermitteln muss in struktureller Gesamtsicht noch höher werden. Die Wirkungen sollten noch besser evaluiert werden, auch in Kooperationen mit Universitäten. Fördermittel müssen da ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Und Förderprogramme sind natürlich kein Ersatz für eine angemessene Finanzausstattung von Kommunen.

Wie kann eine integrierte Gestaltung mit Kommunalverwaltung und kommunalen Unternehmen die Erfüllung der Anforderungen von Kommunen und nachhaltige Daseinsvorsorge substanziell unterstützen? Welche Rolle können hier Förderprogramme spielen?

Prof. Ulf Papenfuß: Neben intersektoralen und öffentlichen Partnerschaften beziehungsweise integrierter Gestaltung zwischen verschiedenen Kommunalverwaltungen und über die föderalen Ebenen hinweg ist eine integrierte Gestaltung von Kommunalverwaltungen und öffentlichen Unternehmen im „Konzern Kommune“ besonders relevant und chancenreich. Integrierte Gestaltung meint hier die systematische Koordination von einzelnen Ämtern der Kommunalverwaltung und kommunalen Unternehmen innerhalb einer Gebietskörperschaft. Integrierte Gestaltung beziehungsweise integrierte Governance und Steuerung implizieren explizit

keine Zentralisierung, vielfach geht es auch nur um Vermeidung von unnötiger Doppelarbeit und unabgestimmten Entwicklungen in den Einzelbereichen durch Austausch von Erfahrungen und wirksamen Maßnahmen.

Eine zentrale Maßnahme innerhalb des „Konzerns Kommune“ ist die feste Institutionalisierung von integrierenden Arbeitskreisen. Wenn die übergreifenden Anforderungen und Ziele umfassend realisiert werden sollen, muss im „Konzern Kommune“ zum Beispiel ein regelmäßiger, gemeinsamer Erfahrungsaustausch von Personalverantwortlichen aller Organisationen im „Konzern Kommune“ institutionell sichergestellt werden, zum Beispiel auf Ebene der Personalleitung oder auf entsprechender Geschäftsführungs-, Arbeitsdirektoriums- oder Bürgermeister:innenebene. In diesem Kreis können Erfahrungen, Erkenntnisse und Handlungsoptionen zur Personalentwicklung im „Konzern Kommune“ geteilt werden, um voneinander zu lernen und Innovationen zu ermöglichen. Ebenfalls unter anderem von Digitalverantwortlichen; zum Beispiel auf Ebene der Chief Digital Officer (CDO), Chief Information Officer (CIO) oder auf entsprechender Geschäftsführungs- oder Bürgermeister:innenebene.

Des Weiteren sollte Coaching beziehungsweise (Cross-) Mentoring als Personalentwicklungsmaßnahme gezielt in einem integrierten Verständnis eingesetzt werden. Förderprogramme können auch solche Maßnahmen gezielt ansprechen und so zusätzliche Chancen bieten sowie notwendigen Wandel zusätzlich beschleunigen.

Wie wird das Thema Kommunalverwaltung an Universitäten in Deutschland behandelt und wie könnte die Wahrnehmung in der Diskussion um Personalgewinnung und nachhaltige Daseinsvorsorge gezielt gefördert werden?

Prof. Ulf Papenfuß: In Deutschland gibt es im internationalen Vergleich nur sehr wenige Masterstudiengänge mit eindeutigem Schwerpunkt auf öffentlichen Verwaltungen und öffentlicher Wirtschaft. Gerade für Kommunalverwaltungen und kommunale Unternehmen erweist sich dies als besonders wichtig, damit sich talentierte Absolvent*innen mit passenden Motivationen und Kompetenzen bewerben.

„Insbesondere in demokratisch herausfordernden Zeiten ist es maßgeblich erforderlich, dass jede der in der Verfassung verankerten Ebenen, Land und Kommune, in der Lage ist, die ihr gesetzlich übertragenen Aufgaben aus eigenen Mitteln erfüllen zu können.“

MICHAEL SALOMO

Dies hat systemische Relevanz für die Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit. Im internationalen Vergleich von Studienprogrammen (zum Beispiel Auswertung von Modulhandbüchern im Bereich Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsinformatik, Informatik, Politikwissenschaften, Sozialwissenschaften etc.) werden derzeit trotz der übergreifenden Relevanz für die Gesellschaft Lehrveranstaltungen mit eindeutigem Bezug zu Kommunalverwaltungen sehr wenig in der Universitätslandschaft behandelt.

Für die Zukunftsfähigkeit des demokratischen Gemeinwesens ist es von vitaler Bedeutung, dass Studierende an Universitäten etwas über die spannenden Aufgaben und Karrieremöglichkeiten bei Kommunalverwaltungen erfahren können. Hier sollten die kommunalen Spitzenverbände in Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen systematische Analysen vornehmen und das Thema zusätzlich in das Bewusstsein an Universitäten bringen. Potenziale von Zielvereinbarungen zwischen Universitäten und Ministerien können hier noch stärker genutzt werden im Sinne des demokratischen Gemeinwesens. Auch könnten Kommunalverwaltungen und kommunale Unternehmen bei der Feststellung von weiter andauernden Systemdefiziten auch die Potenziale von Stiftungslehrstühlen stärker nutzen, wie es von der Privatwirtschaft praktiziert wird.

Michael Salomo, Sie stehen inzwischen seit über zehn Jahren an der Spitze von Kommunalverwaltungen. Wie ist denn Ihre Sicht auf das Thema Fördermittel?

Michael Salomo: Aufgrund unserer Verfassung sind wir ein föderaler Staat, in welchem dem Bund seine Aufgaben laut Grundgesetz Artikel 70 folgende zugeschrieben sind. Dem Land wird in der Landesverfassung sowie den Kommunen in Artikel 28 (2) Grundgesetz die kommunale Selbstverwaltung zugeteilt. Das föderale System wurde eingeführt, um einen Machtmissbrauch wie im „Dritten Reich“ durch den Reichskanzler zu unterbinden.

Zur Sicherung unserer Demokratie haben wir 16 Ministerpräsidenten mit 16 Landesparlamenten, die, wie zum Beispiel im Bereich Kultus und Polizei, eigene Hoheitsbereiche haben. Jedoch hat sich in den letzten Jahrzehnten durch Fördermittel des Bundesgesetzgebers eine Parallelstaatsstruktur entwickelt, in der man auf kommunaler Ebene aufgrund klammer Kassen die Selbstverwaltung nur noch bedingt garantieren kann, da man durch Förderrichtlinien immer mehr auf eine Zentralstaatsstruktur zuläuft.

Insbesondere in demokratisch herausfordernden Zeiten ist es maßgeblich erforderlich, dass jede der in der Verfassung verankerten Ebenen, Land und Kommune, in der Lage ist, die ihr gesetzlich übertragenen Aufgaben aus eigenen Mitteln erfüllen zu können, da sehr viele Probleme auf kommunaler Ebene dezentral viel bürgernäher und -freundlicher erfüllt werden können, um somit das Vertrauen in unsere Demokratie weiter zu stärken.

Denken Sie, dass die kommunale Arbeit in der breiten Öffentlichkeit zu wenig Wahrnehmung erfährt?

Michael Salomo: Da in den überregionalen Medien häufig von Bundes- und Landesentscheidungen gesprochen wird, wird die kommunale Ebene eher selten wahrgenommen. Das Spannende ist jedoch, dass Bund und Land nur Rahmenbedingungen schaffen und die Expert*innen vor Ort individuelle Musterlösungen für ihre Städte finden müssen. Je nach Verfahren müssen diese Lösungen auch mit breiten Bürger*innen-Beteiligungsverfahren sowie sehr eng reglementierten Fördermittelrichtlinien in Einklang gebracht werden, was die kommunale Selbstverwaltung nicht unbedingt einfacher gestaltet.

ANZEIGE

SMART 50 AWARDS

EKOM21
DIE ZUKUNFT DER VERWALTUNG

Digitale Zeiten brauchen smarte Lösungen

In Zukunft kann Hessen auf eine ganzheitliche Digitalisierungslösung setzen: die bereits etablierte Digitalisierungsplattform civento im Zusammenspiel mit der neuen, innovativen Datenplattform cosma21. Aus der Anbindung von civento an cosma21 ergeben sich neue Use Cases und Anwendungsbereiche für die unterschiedlichsten Zwecke. **Mehr Informationen unter: www.ekom21.de**

cosma21
Ein Produkt der ekom21

civento

Beim Deutschen Bauernverband auf der Grünen Woche

Als Vertreter*innen des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen waren wir am 25. Januar 2024 auf die Grüne Woche nach Berlin eingeladen. Dort hatten wir Gelegenheit, uns unter anderem mit dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes Joachim Rukwied und dessen Generalsekretär Bernhard Krüsken auszutauschen.

Bereits am 4. Januar fand im Vorfeld der Proteste der Landwirt*innen eine Videokonferenz statt, in der wir die gemeinsame Sorge vor politischer Instabilität durch rechte Trittbrettfahrer*innen zum Ausdruck brachten.

Für uns als Netzwerk Junge Bürgermeister*innen war es von Bedeutung, die Position der Landwirt*innen zu verstehen. Bei unserem Gespräch standen jedoch nicht nur die Proteste im Fokus, sondern auch Themen wie Freiflächenfotovoltaik, Bioenergie, Breitbandausbau und das Projekt #zukunftsbauern. Dabei entstand die Idee, „Zukunftsbürgermeister*innen“ und „Zukunftsbauern“ im ländlichen Raum besser zu vernetzen.

Wir danken dem Deutschen Bauernverband für den interessanten und fruchtbaren Austausch und freuen uns auf ein baldiges Wiedersehen.



Foto: privat



Foto: privat

Bernhard Krüsken, Henning Witzel, Joachim Rukwied, Wiebke Sahin-Schwarzweiler, Julia Samtleben, Lena Weber, Hans-Heinrich Berghorn und Dr. Andreas Quiring (v.l.)



Foto: BMI/Henning Schacht

Mitglieder der Allianz zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger*innen mit Innenministerin Nancy Faeser (9.v.l.) und Prof. Dr. Andreas Beelmann (7.v.l.), Vorstandsvorsitzender des DFK

Bundesinnenministerin Nancy Faeser gab Ende Januar den Startschuss für eine bundesweite Ansprechstelle für kommunale Amts- und Mandatsträger*innen. Die Ansprechstelle ist ein Vorschlag der Allianz zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger*innen, in der auch das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen vertreten ist, und wird beim Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) angesiedelt sein. Sie soll für betroffene Kommunen als Lotsin informieren, beraten und als Mittlerin zwischen den Betroffenen sowie den Sicherheitsbehörden, der Justiz und der Verwaltung fungieren.

Auf der Veranstaltung im Bundesministerium des Innern (BMI) in Berlin wurde der

Förderbescheid offiziell an das DFK übergeben. Unser Vorstandsmitglied Wiebke Sahin-Schwarzweiler, Bürgermeisterin von Zossen, betonte in ihrer Ansprache: „Der Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger ist von entscheidender Bedeutung für das Funktionieren unserer Demokratie. Wir sind dankbar für diese Initiative des BMI, die zeigt, dass die kommunale Ebene ernst genommen wird.“

Die Berichterstattung in den Medien legte einen Schwerpunkt auf Junge Bürgermeister*innen. Unser Bundesvorsitzender Michael Salomo war als Experte in der Fernsehsendung „Phoenix – Vor Ort“ zugeschaltet und Bürgermeisterin Lena Weber aus Hermeskeil sprach in einem ausführli-

chen Interview in den Phoenix-Nachrichten um 17:30 Uhr live aus dem Hauptstadtstudio über das Thema Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker*innen.



Foto: Screenshot: Phoenix

Lena Weber (l.), live bei Phoenix

MIT NACHHALTIGEM STROM IN DIE ZUKUNFT



So wie die Sonne die Quelle allen Lebens ist, bildet Elektrizität heute die Grundlage unseres gesellschaftlichen Lebens und die Basis einer florierenden Wirtschaft. Um dauerhaft und nachhaltig Strom zu erzeugen, setzen wir auf erneuerbare Energien aus der Kraft von Wind und Sonne.

Bei ALTUS investieren wir jede Minute unserer Arbeitszeit in eine nachhaltige Energieversorgung. Unser gemeinsames Ziel ist es, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen und die Energieerzeugung in Deutschland dauerhaft klimafreundlicher zu gestalten.

Dafür geben unsere über 80 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen jeden Tag 100% Leistung für 100% erneuerbare Energie aus Windkraft und Photovoltaik.

Ihre Ansprechpartner:

Marco Eggensperger
Geschäftsführer
info@altus-re.de
Telefon: +49 721 6269060



Thorsten Wehner
Politische Kommunikation & Strategie
t.wehner@altus-re.de
Mobil: +49 160 7850260





**Aufruf Junger Bürgermeister*innen
gegen rechte Deportationsfantasien**
Unsere Städte und Gemeinden halten zusammen

Als Junge Bürgermeister*innen stehen wir gemeinsam für die Werte der Vielfalt, Toleranz und des respektvollen Miteinanders. Besorgt nehmen wir die Deportationspläne rechtsextremer Aktivist*innen rund um die AfD wahr, die darauf abzielen, Menschen aufgrund ihrer Herkunft zu diskriminieren und zu vertreiben.

Wir leben in Zeiten vieler Herausforderungen, die auch Ängste hervorrufen. Mit Abscheu lesen wir davon, dass sich Menschen treffen, um ernsthaft einen Plan zu diskutieren, Menschen aus unserem Land zu vertreiben. Es war vermutlich nicht das erste Treffen dieser Art, und es wird auch nicht das letzte gewesen sein. Denn diese Menschen sind leider nicht isoliert. Sie sind vernetzt in Parlamenten, Parteien, Vereinen und Unternehmen – vom extremen rechten Rand bis in die Mitte der Gesellschaft.

Wir lehnen derartige Bestrebungen entschieden ab und setzen uns für den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden ein. Unser Handeln basiert auf dem Grundsatz, dass alle Bürger*innen unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder politischen Überzeugung gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft sind.

Unsere Stimme für die Demokratie

Die Bedrohung betrifft uns alle – egal, woher wir stammen. Darum erheben wir unsere Stimmen für die Demokratie. Sie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein aktives Bekenntnis. Es ist Zeit, Farbe zu bekennen. Ganz gleich, welche Meinung oder welchen Hintergrund wir haben, es geht um mehr – es geht darum, unsere Demokratie zu verteidigen. Es ist unsere Demokratie, unsere Freiheit und unser Land.

Unsere Städte und Gemeinden sind Orte der Vielfalt und des Zusammenhalts, in denen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Überzeugungen gemeinsam leben und arbeiten. Diese Vielfalt macht uns stark und resilient gegenüber extremistischen Bestrebungen. In den letzten Tagen haben zahlreiche Demonstrationen für Zusammenhalt und Demokratie in vielen Städten gezeigt, dass wir eine wehrhafte Demokratie sind.

-/2

NETZWERK JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND e.V. | www.junge-buergermeisterinnen.de
Pappelallee 44, 10437 Berlin | Tel: 030 740 7305-36 | Mail: netzwerk@junge-buergermeisterinnen.de
Bundesvorsitzende: Michael Salomo - 1. stv. Bundesvorsitzende: Julia Samtleben
Registernummer beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg VR 39960 B | Steuernummer: 1127/873/57084
Sparkasse Kinzigtal | BIC: SOLADE33HAN | IBAN: DE21 6645 1543 0000 0176 99

Wir schützen und achten unsere Demokratie

Die Enthüllungen von Correctiv über das Treffen rechtsextremer Aktivisten rund um die AfD und ihre Deportationspläne haben uns alle sehr bewegt. Wir lehnen derartige Bestrebungen entschieden ab und haben daher diesen Aufruf verfasst. Parteiübergreifend haben bisher über 120 junge Bürgermeister*innen aus allen Flächenbundesländern unterzeichnet.



2

Wir stehen zusammen, als Junge Bürgermeister*innen, für eine starke Demokratie und gegen jede Form von rechten Übernahmefantasien. Wir rufen alle Bürger*innen dazu auf, für eine offene, inklusive und gerechte Gesellschaft einzustehen.

Der Vorstand des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Michael Salomo
Michael Salomo
Bundesvorsitzender,
Oberbürgermeister
der Stadt Heidenheim

Julia Samtleben
Julia Samtleben
1. stv. Bundesvorsitzende,
Bürgermeisterin der Gemeinde
Stockelsdorf

Dominik Brasch
Dominik Brasch
Stellv. Bundesvorsitzender,
Bürgermeister der Stadt
Bad Soden-Salmünster

Fränk Nase
Fränk Nase
Stellv. Bundesvorsitzender,
Bürgermeister der Gemeinde
Barleben

Wiebke Sahin-Schwarzweiler
Wiebke Sahin-Schwarzweiler
Schriftführerin,
Bürgermeisterin der Stadt Zossen

Martin A. Bröth
Martin A. Bröth
Bundesschatzmeister,
Bürgermeister der Gemeinde
Hofstetten

Lena Weber, Stadtbürgermeisterin der Stadt Hermeskeil (Rheinland-Pfalz)

Florian Questel, 1. Bürgermeister der Gemeinde Ahorntal (Bayern)

Manuel Friedrich, Bürgermeister der Stadt Obertshausen (Hessen)

Ferdinand Truffner, Bürgermeister der Gemeinde Empfingen (Baden-Württemberg)

Franziska Hildebrandt, Bürgermeisterin der Gemeinde Klettbach (Thüringen)

Nils Neuhäuser genannt Holtbrügge, Bürgermeister der Gemeinde Ilsece (Niedersachsen)

Tim Schultze, Ortsbürgermeister der Gemeinde Wettelrode (Sachsen-Anhalt)

Daniel Bullinger, Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch-Hall (Baden-Württemberg)

Tobias Borstel, Bürgermeister der Gemeinde Großbeeren (Brandenburg)

Daniel Quade, Bürgermeister der Stadt Bad Sachsa (Niedersachsen)

Maral Koohestanian, Stadträtin und Dezernentin, Landeshauptstadt Wiesbaden (Hessen)

Johannes Albert, 1. Bürgermeister der Gemeinde Roden (Bayern)

Florian Marré, Bürgermeister der Stadt Diepholz (Niedersachsen)

Lisa Gößwein, Bürgermeisterin der Gemeinde Bischofsheim (Hessen)

Marco Diethelm, Bürgermeister der Gemeinde Herzebrock-Clarholz (NRW)

Sven Schrade, Bürgermeister der Stadt Schmölln (Thüringen)

Daniel Iliev, Bürgermeister der Stadt Heringen (Hessen)

Hendrik Schulz, Bürgermeister der Gemeinde Moomerland (Niedersachsen)

Marc Trampe, Bürgermeister der Gemeinde Rellingen (Schleswig-Holstein)

Dr. Olaf Dahlmann, Bürgermeister der Gemeinde Wartenberg (Hessen)

Nico Dittmann, Bürgermeister der Stadt Thalheim/Erzgeb. (Sachsen)

Florian Liening-Ewert, 1. Bürgermeister der Gemeinde Hendungen (Bayern)

Daniel Kiefer, Bürgermeister der Gemeinde Mettlach (Saarland)

Thomas Schäfer, Bürgermeister der Gemeinde Hemmingen (Baden-Württemberg)

Matthias Beer, 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Beratzhausen (Bayern)

Tatiana Herda Muñoz, Ortsvorsteherin a.D. Mainz - Hechtsheim (Rheinland-Pfalz)

Dr. Simon Haas, 1. Bürgermeister der Gemeinde Haselbach (Bayern)

Daniel Roth, Bürgermeister der Gemeinde Hütisheim (Baden-Württemberg)

Finn Thomsen, Bürgermeister der Stadt Großalmerode (Hessen)

Torben Blome, Bürgermeister der Stadt Lügde (NRW)

Matthias Radtke, Bürgermeister der Stadt Röbel/Müritz (Mecklenburg-Vorpommern)

Sebastian Koch, 1. Bürgermeister der Gemeinde Wenzenbach (Bayern)

Christoph Palesch, Bürgermeister der Samtgemeinde Amelinghausen (Niedersachsen)

René Bacher, Erster Stadtrat, Kreisstadt Dietzenbach (Hessen)

Steffi Syska, Bürgermeisterin der Stadt Sandersdorf-Brehna (Sachsen-Anhalt)

Stefan Bohlen, Bürgermeister der Stadt Kaltenkirchen (Schleswig-Holstein)

Adrian Schäfer, Bürgermeister der Gemeinde Hasbergen (Niedersachsen)

Andreas Pfeiffer, Bürgermeister der Stadt Senftenberg (Brandenburg)

Stephan Noll, 1. Bürgermeister der Stadt Alzenau (Bayern)

Joshua Pawlak, Bürgermeister der Gemeinde Rehlingen-Siersburg (Saarland)

Daniel Herz, Bürgermeister der Stadt Witzenhausen (Hessen)

Rainer Betschner, Bürgermeister der Gemeinde Fluon-Winzeln (Baden-Württemberg)

Jan Dingeldey, Bürgermeister der Stadt Hemmingen (Niedersachsen)

Eileen O'Sullivan, Stadträtin und Dezernentin, Stadt Frankfurt am Main (Hessen)

Christoph Meineke, Bürgermeister a.D. der Gemeinde Wennigsen (Niedersachsen)

Leopold Bach, Bürgermeister der Gemeinde Feldatal (Hessen)

Micha Bächle, Bürgermeister der Stadt Bräunlingen (Baden-Württemberg)

Marcus Meyer, Bürgermeister des Flecken Steyerberg (Niedersachsen)

Rafael Mathis, Bürgermeister der Gemeinde Biederbach (Baden-Württemberg)

Matthias Hauke, 1. Bürgermeister Markt Zeitlofs (Bayern)

Florian Mair, 1. Bürgermeister der Gemeinde Altenmünster (Bayern)

Sina Römhild, Bürgermeisterin der Gemeinde Oechsen (Thüringen)

Ulrich Richter-Hopprich, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Montabaur (Rheinland-Pfalz)

Heiko Abbas, Bürgermeister der Stadt Weener - Ems (Niedersachsen)

Patrick Bade, Bürgermeister der Stadt Sulingen (Niedersachsen)

Ingo Pfnennings, Bürgermeister der Stadt Schleiden (NRW)

Sven Wolter, Bürgermeister der Stadt Dassel (Niedersachsen)

Sebastian Kiss, Bürgermeister der Gemeinde Schallstadt (Baden-Württemberg)

Vanessa Gattung, Bürgermeisterin der Stadt Papenburg (Niedersachsen)

Andre Stenda, Bürgermeister der Gemeinde Hohenroda (Hessen)

Carmen Krämer, Bürgermeisterin der Stadt Monschau (NRW)

Adrian Probst, Bürgermeister der Stadt St. Blasien (Baden-Württemberg)

Andreas König, Bürgermeister der Gemeinde Durbach (Baden-Württemberg)

Jacqueline Förderer, Bürgermeisterin der Stadt Schrotzberg (Baden-Württemberg)

Christian Schmid, 1. Bürgermeister der Stadt Velburg (Bayern)

Holger Klötzner, Dezernent und Stadtrat, Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hessen)

Jan-Henrik Steffenhagen, Ortsbürgermeister Neubokel (Niedersachsen)

Benjamin Krummhauer, Bürgermeister der Gemeinde Lehrensteinsfeld (Baden-Württemberg)

Sebastian Hartl, 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Luhe-Wildenau (Bayern)

Sandra Möller, Bürgermeisterin der Gemeinde Schinkel (Schleswig-Holstein)

Pascal Wasow, Bürgermeister der Gemeinde Epfenbach (Baden-Württemberg)

Stefan Heinlein, 1. Bürgermeister Markt Pressig (Bayern)

Tobias Blesch, 1. Bürgermeister der Gemeinde Wipfeld (Bayern)

Volker Weber, Bürgermeister der Gemeinde Marpingen (Saarland)

Jan Rothenbacher, Oberbürgermeister der Stadt Memmingen (Bayern)

Kristian Kater, Bürgermeister der Stadt Vechta (Niedersachsen)

Denis Neßwald, 1. Bürgermeister der Gemeinde Kleinostheim (Bayern)

Martin Funk, Bürgermeister der Gemeinde Altbach (Baden-Württemberg)

Henning Evers, Bürgermeister der Samtgemeinde Hankensbüttel (Niedersachsen)

Benedikt Paulowitsch, Bürgermeister der Gemeinde Kernen (Baden-Württemberg)

Benjamin Fadavian, Bürgermeister der Stadt Herzogenrath (NRW)

Jan-Erik Bauer, Bürgermeister der Gemeinde Stödtlen (Baden-Württemberg)

Sascha Thamm, Bürgermeister der Gemeinde Neukirchen/Erzgeb. (Sachsen)

Karin Gansloser, Bürgermeisterin der Gemeinde Schlat (Baden-Württemberg)

Sebastian Stiegeler, Bürgermeister der Gemeinde Höchenschwand (Baden-Württemberg)

Sebastian Kurz, Bürgermeister der Stadt Aichtal (Baden-Württemberg)

Sebastian Creiber, Bürgermeister der Gemeinde Wadgassen (Saarland)

Jochen Engel, Bürgermeister der Gemeinde Trebur (Hessen)

Philip Middelberg, Bürgermeister der Gemeinde Lotte (NRW)

Max Breitenbach, Bürgermeister der Stadt Rodgau (Hessen)

Nikolaos Stavridis, Bürgermeister der Gemeinde Walluf (Hessen)

Matthias Schmitt, Bürgermeister der Gemeinde Biebergemünd (Hessen)

Christiane Krieger, Bürgermeisterin der Stadt Wernau/Neckar (Baden-Württemberg)

Marco Gauger, Bürgermeister der Stadt Bad Wildbad (Baden-Württemberg)

Toni Köppen, Bürgermeister der Stadt Bad Segeberg (Schleswig-Holstein)

Roberto Chiari, Bürgermeister der Stadt Bad Liebenzell (Baden-Württemberg)

Dennis Eberle, Bürgermeister der Gemeinde Salach (Baden-Württemberg)

Kathrin Neumann, Bürgermeisterin der Gemeinde Brieselang (Brandenburg)

Anna Walther, Bürgermeisterin der Gemeinde Schönaich (Baden-Württemberg)

Hanno Benz, Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hessen)

Matthias Schmidt, Bürgermeister der Gemeinde Oedheim (Baden-Württemberg)

Uwe Sap, Bürgermeister der Gemeinde Bunde (Niedersachsen)

Jutta Dettmann, Bürgermeisterin der Stadt Melle (Niedersachsen)

Ryvan Alshebi, Bürgermeister der Gemeinde Ostelsheim (Baden-Württemberg)

Stefan Dittmann, Bürgermeister der Gemeinde Twistetal (Hessen)

David Wittner, Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Nördlingen (Bayern)

Maren Busch, Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Diez (Rheinland-Pfalz)

Philipp Rahn, Stadtbürgermeister der Stadt Bacharach (Rheinland-Pfalz)

Carsten Ullrich, Bürgermeister a.D. der Gemeinde Sinnatal (Hessen)

Jonas Breig, Bürgermeister der Gemeinde Biberach (Baden-Württemberg)

René Kirch, Bürgermeister der Stadt Groß-Umstadt (Hessen)

Gerrit Armbrecht, Ortsbürgermeister von Dorste (Niedersachsen)

Robert Feil, Bürgermeister der Gemeinde Löchgau (Baden-Württemberg)



Wie wir vor Ort die Demokratie stärken

Kommunalpolitik fehlt es an Aufmerksamkeit, Wertschätzung und an Nachwuchs. Das muss sich ändern.

VON ELISABETH NIEJAHR *



Elisabeth Niejahr ist seit Anfang 2020 Geschäftsführerin der gemeinnützigen Hertie Stiftung für den Bereich „Demokratie stärken“. Vorher war sie über 20 Jahre lang Journalistin, unter anderem bei der Zeit, dem Spiegel und der Wirtschaftswoche. Sie schrieb zudem zahlreiche Bücher, zuletzt über die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Dass die Freiheit der Deutschen auch am Hindukusch verteidigt werde, ist eines der bekanntesten Politiker-Zitate der letzten 20 Jahre. Es stammt aus dem Jahr 2004 vom damaligen Verteidigungsminister Peter Struck. Damals schien es nötig, den Blick der Wähler in die Ferne und auf die Geopolitik zu lenken, auf die Demokratie in aller Welt und die Verantwortung der Deutschen hierfür.

In der Kommune begegnen Bürger der Politik

Im Jahr 2024 haben die Herausforderungen sich verändert. Geopolitik ist nicht weniger wichtig, aber inzwischen ist es auch dringend nötig, auf die unmittelbare Nachbarschaft zu achten – auf kleine Orte wie Löbau, Niesky oder Kalletal, um nur einige kleinere Kommunen zu nennen, in denen die Hertie Stiftung mit Förderprogrammen aktiv ist, um Jugendbeteiligung dort zu etablieren und zu stärken.

Warum ist gerade das wichtig für die Demokratie? Ein Grund: In den Kommunen findet die unmittelbare Begegnung der Bürger mit Staat und Politik statt, auch mit der sogenannten großen Politik. Auf lokaler Ebene

wird entschieden, ob beispielsweise die Integration geflüchteter Menschen gelingt und auch andere Großprojekte von der Energiebis zur Zeitenwende. Sie haben zudem kommunale Auswirkungen, ohne dass deshalb in der Lokalpolitik entscheidende Weichen gestellt werden könnten. Auch diese Zusammenhänge klar zu machen ist wichtig für die Demokratie.

Schließlich verdient die Kommunalpolitik auch besonderes Augenmerk, weil hier der Mangel an Kandidatinnen und Kandidaten für Mandate ein ernstes Problem ist. Demokratie lebt vom Wechsel und vom Wettbewerb! Dem muss mit kurz- und langfristigen Initiativen begegnet werden. Kommunalpolitik fehlt es vielfach an Nachwuchs. Hier kann gut gemachte Jugendbeteiligung womöglich etwas bewegen. Es bedarf aber auch vielerlei Maßnahmen, um das Leben von Mandatsträgern frei von Bedrohungen zu gestalten. Hier ist in den vergangenen Jahren einiges unternommen worden, aber noch lange nicht genug.

Anstrengungen zur Stärkung der Demokratie sollten sich aber nicht nur wegen solcher Defizite auf die kommunale Ebene richten. Wenn es stimmt, dass positive Erfahrungen mit der Politik, das Erleben von Selbstwirksamkeit entscheidend ist für Engagement, Teilhabe und Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie, dann ist die kommunale Ebene der Ort, an dem besonders viel bewegt werden kann.

Lust auf Kommunalpolitik machen

Wie kann das geschehen? Bürgerbeteiligung ist in aller Munde, doch das bedeutet noch lange nicht, dass jedes Beteiligungsverfahren tatsächlich die Demokratie stärkt. Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass Bürgerräte und punktuelle Abstimmungen nicht die gewählten Repräsentanten schwächen und entmutigen, weil ausgerechnet die öffentlichkeitswirksamen, relevanten Themen auf diese Räte verlagert werden. Das macht lokale Mandate für viele nur noch unattraktiver. Wichtig ist zudem auch, dass gerade Jugendbeteiligung keine Scheinbeteiligung ist, sondern echte Ergebnisse bringt. Leider kommt es immer wieder vor, dass die Politik sich zwar gern mit schönen Bildern von beteiligten Bürgern, auch Jugendlichen schmückt, Erwartungen am Ende aber doch enttäuscht werden. Zu gelingender Jugendbeteiligung gehören daher klare Verabredungen, wer über was entscheidet und was von gemeinsamen Entscheidun-

gen am Ende auch umgesetzt werden kann.

Mit einem klaren Erwartungsmanagement ist es dann oft gar nicht entscheidend, ob über riesige Projekte und Budgets verhandelt wird. Oft geht es auch darum, Kommunalpolitik zu lernen. Wer im jungen Alter erfahren hat, wie eine Ratssitzung abläuft oder ein Haushalt entsteht, hat sicher als Erwachsener eine niedrigere Hemmschwelle, sich persönlich einzubringen. Darum geht es.

Schließlich sollte Demokratiearbeit auch versuchen, Lust auf Kommunalpolitik zu machen. Neben einer finanziellen und organisatorischen Aufwertung kommunaler Arbeit geht es auch darum, Aufmerksamkeit und Wertschätzung für die Arbeit von Bürger-

„Wer im jungen Alter erfahren hat, wie eine Ratssitzung abläuft, hat als Erwachsener eine niedrigere Hemmschwelle, sich persönlich einzubringen.“

meistern, Verwaltungsmitarbeitern und Ehrenamtlern zu steigern. Unsere Vision: Wenn „Buy local“, der Kauf von Gemüse oder Obst aus der Region, schick wird – warum dann eigentlich nicht auch „govern local“?

Das gilt auch für die Aufmerksamkeit von Stiftungen, von denen etliche seit vielen Jahren für und mit Kommunen arbeiten und wo gleichwohl noch mehr möglich ist. Das Ziel sollte dabei nicht nur sein, in konkreten Projekten kommunale Strukturen zu unterstützen. Die Hertie Stiftung macht das mit ihrem seit 2020 bestehenden Programm „Jugend entscheidet“ in mittlerweile 70 Kommunen. Das Superwahljahr 2024 mit seinen vielen Kommunalwahlen ist ein guter Anlass, hier noch aktiver zu werden.

ANZEIGE

OPEN ACCESS STATT DOPPELAUSBAU.

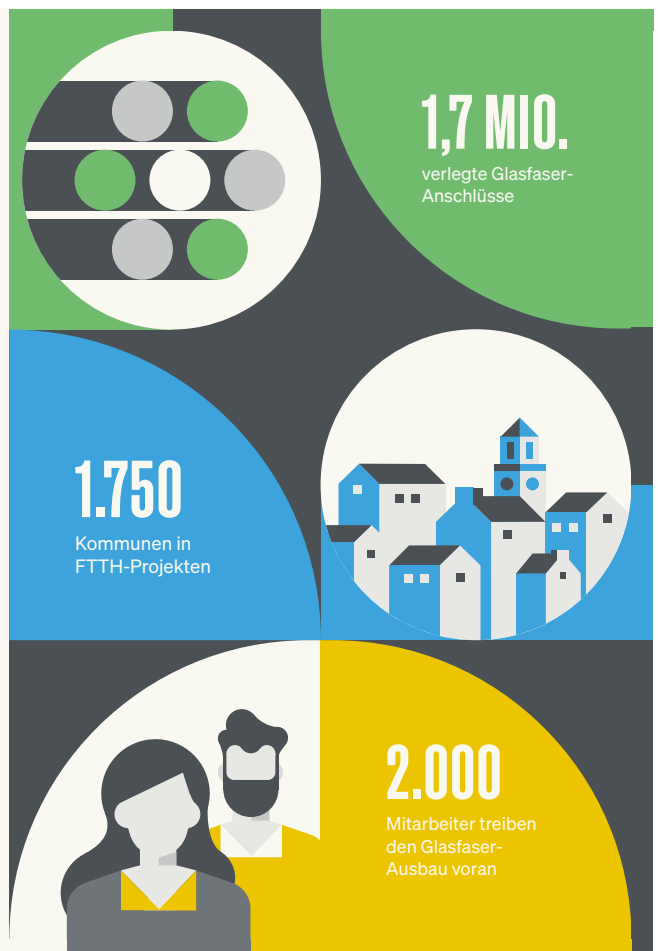
Kooperation statt Konkurrenz: Das ist unsere Devise beim **Glasfaser-Ausbau**. Wir setzen uns gegen den Doppelausbau ein, der volkswirtschaftlich unsinnig ist und Anwohner doppelt belastet. Mit Open Access fördern wir den **fairen Wettbewerb** und bieten Kunden echte Wahlfreiheit zwischen starken Angeboten und Leistungen. Mehr erfahren Sie hier: deutsche-glasfaser.de/kommunen

Gemeinsam Großes gestalten.



Deutsche
Glasfaser

Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH · Am Kuhm 31 · 46325 Borchen



Timur Özcan packt an

Ein Bürgermeister im Dienst der Gemeinde

VON CATHERINE RAQUET



Rent a Bürgermeister: Timur Özcan kann man mieten.

In der Gemeinde Walzbachtal im Landkreis Karlsruhe geht Bürgermeister Timur Özcan weit über das übliche Amtshandeln hinaus. Seit 2019 bietet er den Bürger*innen seine Dienste im Rahmen der Aktion „Rent a Bürgermeister“ an – eine Initiative, die nicht nur zu einem vollen Erfolg geworden ist, sondern auch als wegweisendes Beispiel für bürgernahe Amtsführung dient. Für die Aktion wurde der Bürgermeister jüngst mit dem Staatsanzeiger Award in der Kategorie „Bürgermeister:in in Mission“ ausgezeichnet.

Ein Bürgermeister mit Engagement

Einen Bürgermeister, den man mieten kann – das gibt es seit 2019 in der Gemeinde Walzbachtal: Hier stellt Timur Özcan seine Dienste unter dem Motto „Rent a Bürgermeister“ zur Verfügung. Die Bürger*innen können seine tatkräftige Unterstützung für ehrenamtliche Zwecke, schweißtreibende Arbeiten oder Umweltinitiativen in Anspruch nehmen – eine Aktion, die sich als voller Erfolg erwiesen hat. Auf diese Weise setzt sich Timur Özcan bereits seit seinem Amtsantritt für die Belange seiner Bürger*innen ein. Dabei nutzt er auch die Möglichkeit, in den Alltag von Vereinen, Unternehmen und kommunalen Einrichtungen einzutauchen. Die Aktion „Rent

a Bürgermeister“ steht jedoch nicht nur den Einwohner*innen offen, sondern auch örtlichen Unternehmen – vorausgesetzt, sie leisten eine Geldspende für wohltätige Zwecke.

*„Diese engagierten Bürgermeister*innen nehmen aktiv an der Gestaltung ihrer Gemeinde teil und setzen auf innovative Strategien, um einen offenen Dialog mit ihren Bürger*innen zu etablieren.“*

Tatkraft in Aktion

Timur Özcan startete seine Mitmachaktion mit beeindruckendem Engagement: Sein erster Einsatz fand bei einer gemeinsamen Altpapier-Sammelaktion der örtlichen Turn- und Fußballvereine statt, gefolgt von einem Einsatz mit dem Presslufthammer beim gemeindlichen Bauhof. Darüber hinaus unterstützte er die Mitarbeiter*innen des christlichen Krankenpflegevereins sowie den Senior*innen-Treff im Kronengarten in Wössingen. Hierbei überraschte der Bürger-



CATHERINE RAQUET
Redakteurin,
Staatsanzeiger für
Baden-Württemberg

Foto: Staatsanzeiger

meister die Gäste nicht nur mit persönlich gependetem Kaffee, sondern bediente sie auch mit leckerem Kuchen. Die nächsten Einsätze außerhalb des Rathauses sind bereits in Planung.

Neue Maßstäbe für mehr Bürger*innennähe

Timur Özcan hat sich insbesondere das Ziel gesetzt, die Bürger*innennähe zu stärken. Die Mitmachaktion ermöglichte ihm nicht nur den direkten Dialog, sondern auch ein tieferes Verständnis für Abläufe und die Auswirkungen politischer Entscheidungen. Mit „Rent a Bürgermeister“ konnte er ein Alleinstellungsmerkmal unter den Bürgermeister*innen des Landkreises etablieren, denn in ganz Baden-Württemberg gibt es keine vergleichbare Initiative.

Inzwischen sind einige seiner Kolleg*innen seinem Beispiel gefolgt und haben ähnliche Initiativen gestartet. Timur Özcan setzt somit neue Maßstäbe für eine engagierte und bürger*innennahe Amtsführung.

Staatsanzeiger Award

Seit 2021 werden mit dem Staatsanzeiger Award inspirierende Projekte ausgezeichnet: In diesem Jahr wurde der begehrte Preis in den fünf Kategorien „Bürgerbeteiligung“, „Bürgermeister:in in Mission“, „Kultur und Tourismus“, „Digitalisierung und Innovation“ sowie „Kommune für alle – soziale Teilhabe“ vergeben. Mit der Auszeichnung rückt der Staatsanzeiger wegweisende Initiativen zur Gestaltung des öffentlichen Lebens in den Fokus. Insgesamt bewarben sich bis zum 31. Oktober 75 Projekte um den Staatsanzeiger Award.

Die meisten Bewerbungen kamen aus Baden-Württemberg, gefolgt vom Nachbarland Bayern. Aber auch aus dem hohen Norden Deutschlands erreichten den Staatsanzeiger Bewerbungen – den weitesten Weg legten Initiativen aus den Städten Greifswald und Geestland zurück.



Mittendrin: Walzbachtals Bürgermeister im Gespräch mit den Menschen der Gemeinde

Ein Award für den Einsatz

Bei der Preisverleihung am 22. Februar in Stuttgart kürte eine Expert*innenjury, die sich aus verschiedenen Fachbereichen und Verbänden zusammensetzte, die Sieger*innenprojekte der verschiedenen Kategorien. Die Gewinner*innen erhielten einen

einzigartigen Award, der von der Künstlerin Antje Gerhardy liebevoll gestaltet wurde. Auch Bürgermeister Timur Özcan, der in der Kategorie „Bürgermeister:in in Mission“ den ersten Platz belegte, durfte eine individuelle Auszeichnung entgegennehmen. Die säulenartigen Trophäen aus Ton wurden von der Künstlerin Antje Gerhardy den einzelnen

Kategorien entsprechend gestaltet: So gleicht keine Säule der anderen – handgefertigte Figurinen thronen auf der Trophäe und verdeutlichen auf den ersten Blick, in welchem Bereich die Sieger*innen außergewöhnliches Engagement bewiesen haben.

Bürgermeister*in in Mission

Die Nominierten der Kategorie „Bürgermeister*in in Mission“ stehen für eine moderne, partizipative und zukunftsorientierte Verwaltung. Durch wegweisende und innovative Ansätze haben sie Möglichkeiten gefunden, sich der sich rasant verändernden Kommunikationslandschaft anzupassen und eine Brücke zwischen Verwaltung und Bürger*innenschaft zu schlagen. Die Auszeichnung in dieser Kategorie würdigt demnach nicht nur die traditionelle Amtsführung, sondern vielmehr die Fähigkeit, sich den stetig wandelnden Bedürfnissen und Erwartungen der Bevölkerung anzupassen. Diese engagierten Bürgermeister*innen nehmen aktiv an der Gestaltung ihrer Gemeinde teil und setzen auf innovative Strategien, um einen offenen Dialog mit ihren Bürger*innen zu etablieren.

ANZEIGE

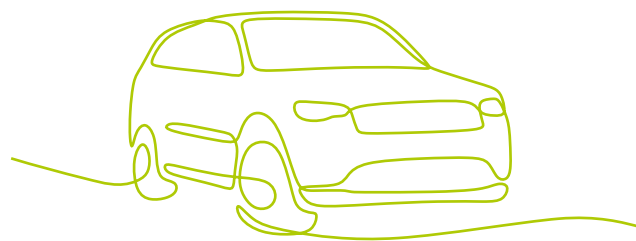
Ein Unternehmen
der Landeshauptstadt Saarbrücken
und der Stadtwerke Saarbrücken GmbH

Für smarte Kommunen.

Ihre Chance: Platzieren Sie sich jetzt als regionaler und innovativer Infrastrukturdienstleister. Auf der Basis von LoRaWAN bieten sich Kommunen eine Vielzahl an neuen Geschäftsfeldern im Umfeld des Internet-of-Things. **co.met GmbH** • Hohenzollernstraße 75 • 66117 Saarbrücken

co.met
www.co-met.info

Carsharing – beruflich und privat



Gemeinde Herzebrock-Clarholz und Mobilitätsdienstleister Enterprise starten Pilotprojekt.

Wie schaffen wir es, in einer Gemeinde mit 16.000 Einwohner*innen Ideen wie Carsharing umzusetzen? Vor dieser Frage stand die Gemeinde Herzebrock-Clarholz.

Leider gehen die meisten Anbieter*innen ausschließlich in größere Kommunen oder beteiligen sich nur an geförderten Projekten. Als Bürgermeister freue ich mich daher sehr, auf unserem Netzwerktreffen mit der Firma Enterprise einen Ansprechpartner zu finden, welcher sich diesem Thema widmet.

Im Rahmen der Kooperation setzt die Gemeinde Herzebrock-Clarholz ein Elektrofahrzeug von Enterprise für die Mobilität der Gemeindemitarbeiter*innen ein. Das Fahrzeug ist mit Telematik-Technologie ausgestattet und wird mit einer von Enterprise entwickelten Software verbunden. Diese Software sammelt Fahrzeugdaten, etwa die Laufleistung. Die Gemeinde Herzebrock-Clarholz arbeitet bei der Analyse der Daten

mit Enterprise zusammen, um die Einführung innovativer Mobilität zu begleiten.

Dies führt direkt zu weniger Verwaltungsaufwand beim Kontieren, und die Nutzer*innen müssen kein Fahrtenbuch mehr führen. Enterprise überprüft die Autodaten, so muss die Verwaltung auch keine Wartungsintervalle im Blick behalten. Diese werden automatisch umgesetzt. Die Mobilitätsgarantie ist ebenfalls ein wichtiger Baustein für unsere Arbeit. In der Vergangenheit waren längere Ausfallzeiten ein großes Ärgernis.

Darüber hinaus wird das Fahrzeug außerhalb der Geschäftszeiten den Mitarbeiter*innen der Gemeinde in einem Carsharing-Modell zur Verfügung gestellt. Damit kann die Gemeinde die Auslastung der Fahrzeuge in Zeiten weiter maximieren, in denen keine reguläre Nutzung im Rahmen der dienstlichen Mobilität stattfindet. Die Mitarbeitenden von Herzebrock-Clarholz erhalten damit eine neue Form der geteilten Mobilität und die Möglichkeit, Elektromobilität im Alltag auszuprobieren.

Perspektivisch kann die Auslastung auch dadurch weiter gesteigert werden, dass allen Bürger*innen der Gemeinde Elektrofahrzeuge durch stationsgebundenes Carsharing zur Verfügung stehen. Das Pilotpro-

jekt mit Enterprise zur Elektromobilität ist Teil des Engagements der Gemeinde Herzebrock-Clarholz für mehr Nachhaltigkeit. Zu den Zielen des Projekts zählen die Prüfung einer möglichen Reduzierung der Schadstoffemissionen sowie die Praxiserprobung der Elektromobilität.

Anfänglich war noch viel Skepsis zu beobachten: Wie weit fährt das Auto? Wie kann ich laden? Wieso muss ich jetzt eine App nutzen? Doch bereits nach einigen Wochen schätzten die Kolleg*innen das neue Angebot. Aktuell prüfen wir einen Fahrdienst über den Senior*innenbeirat. Ein echter Mehrwert wäre die jederzeitige Verfügbarkeit des Autos ohne die Problematik der Öffnungszeiten des Rathauses.



MARCO DIETHELM
Bürgermeister,
Herzebrock-Clarholz

Foto: privat

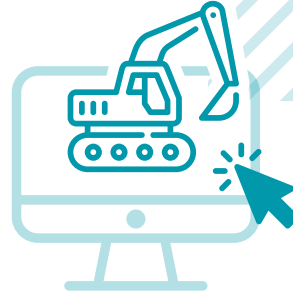


Echter Mehrwert: Das E-Auto der Gemeinde Herzebrock-Clarholz

Jason Altman, Corporate Vice President von Enterprise in Deutschland, sagt: „Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Herzebrock-Clarholz. Als Mobilitätspartner für den öffentlichen und den privaten Sektor ist es unser Ziel, Innovationen und Ideen in das Mobilitätsökosystem einzubringen. Durch Autovermietung und Carsharing kann geteilte Mobilität ein Teil der Lösung sein, um die CO₂-Emissionen des Verkehrssektors zu reduzieren. Projekte wie dieses in Herzebrock-Clarholz sind von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, die Theorie in die Praxis zu überführen.“

Enterprise ist einer der weltweit führenden Anbieter im Bereich der Shared Mobility. Seine Technologien haben das Potenzial, auf zahlreiche Gemeinden, Regionen und Märkte übertragen und an sie angepasst zu werden. Seit dem Eintritt in den deutschen Markt im Jahr 1997 ist Enterprise stark gewachsen und betreibt heute bundesweit 220 Filialen und Service-Punkte.

„Rent a Bauhof“ – die Ausleihbörse für spezielle Bauhofmaschinen



SEBASTIAN HARTL
1. Bürgermeister
Markt Luhe-Wildenaau

Foto: Markt Luhe-Wildenaau



Foto: Jennifer Göbker-Pausch

Stolze Siegerin: Die bayerische Kommune Markt Luhe-Wildenaau gewinnt den Ideenwettbewerb „Kommunal? Digital!“

Die Idee entstand in Markt Luhe-Wildenaau aus alltäglichen Herausforderungen des kommunalen Bauhofs – vielfältigste Aufgaben verbunden mit unterschiedlichsten kostenintensiven Geräten. Allerdings haben einige Geräte nur eine geringe oder saisonale Auslastung – oftmals nur wenige Tage im Jahr.

Bestes Beispiel hierfür ist der „Gullyboy“, ein Sinkkastenreinigungsgerät. Je nach Gemeindegröße wird diese Maschine aber nur an fünf Tagen im Jahr benötigt. Eine Beschaffung ist daher unwirtschaftlich, die Arbeiten auf andere Art und Weise zu erledigen aber nicht effektiv. Warum die Maschine also nicht von einer anderen Kommune ausleihen? Und das Ganze auch noch schnell und einfach über eine Online-Plattform.

Mit genau dieser Idee ging Markt Luhe-Wildenaau in das Rennen des Ideenwettbewerbs „Kommunal? Digital!“ des Bayerischen Digitalministeriums.

„Warum die Maschine also nicht von einer anderen Kommune ausleihen?“

„Kommunal? Digital!“ ist ein Best-Practice-Wettbewerb für alle bayerischen Kommunen. Die eingereichten Vorschläge sollten eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen ermöglichen. Dafür wurden bei der Bewertung die Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales berücksichtigt. Insgesamt wurden 75 Projekte eingereicht. Die Preisträger*innen wurden anschließend von einer Jury unter dem Vorsitz der damaligen Digitalministerin Judith Gerlach, MdL, bestimmt, die sich aus Vertreter*innen der Kommunalen Spitzenverbände sowie einer Vertreterin der Wirtschaft zusammensetzte.

Der Markt Luhe-Wildenaau hat mit „Rent a Bauhof“ überzeugt und wurde als einzige Kommune aus der Oberpfalz eine*r von zehn Gewinner*innen. Ausgewählt wurden Projekte mit innovativen, digitalen Ideen für Nachhaltigkeit in bayerischen Kommunen, die nun schrittweise realisiert werden.

Für dieses Projekt erhielt der Markt Luhe-Wildenaau eine Förderung in Höhe von 225.000 Euro vom Bayerischen Staatsministerium für Digitales.

Hinter „Rent a Bauhof“ steckt eine Online-Plattform, über die sich Bauhöfe gegenseitig Maschinen und Geräte schnell und einfach anbieten beziehungsweise ausleihen können, um so eine höhere Auslastung der Geräte zu erhalten und gleichzeitig die Kosten für eine eigene Anschaffung zu sparen. Dabei soll die Plattform eine All-in-one-Lösung sein, über die alle Modalitäten einer Geräteausleihe abgewickelt werden können – vom Angebot der Maschine, Buchung, die Ausleihbedingungen bis hin zur Bezahlung. Nach vorne gesehen wird die Plattform sicherlich noch um zusätzliche Funktionen erweitert werden, um noch mehr Synergie-Effekte zwischen den kommunalen Bauhöfen, aber auch externen Partner*innen zu erreichen. So ist es zum Beispiel denkbar, dass neben Geräten auch bestimmte Dienstleistungen wie wiederkehrende Prüfungen von Toren, Ölabscheidern und so weiter über die Plattform „gebucht“ werden können und so die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen intensiviert wird.

Die „Entwicklung“ erfolgt zusammen mit einem ortsansässigen IT-Unternehmen. Auch eine Student*innengruppe der OTH Amberg-Weiden unterstützte im Anfangsstadium. Neben den Projektverantwortlichen befinden sich im Projektteam auch Mitarbeiter*innen des Bauhofs. Bei speziellen Fragen beraten Anwalt*innen und Versicherungsexpert*innen, denn neben der eigentlichen Programmierarbeit geht es vor allem auch um die Klärung kommunal-, steuer- und versicherungsrechtlicher Fragen.

Vor dem Live-Gang wird die Plattform in einer Pilotphase von einigen Kommunen auf Herz und Nieren geprüft, um zu optimieren und mögliche Fehler oder Probleme im Vorfeld zu identifizieren. Nach Fertigstellung und Pilot-Phase soll die Technologie allen bayerischen Kommunen als Best-Practice-Beispiel zur Verfügung gestellt werden.



Gesucht – gefunden!

Social-Media-Recruiting in der städtischen Verwaltung

„Ich habe gar nicht gesucht, aber Sie haben mich gefunden.“ – Dieser Satz fällt bei Personalauswahlgesprächen der niedersächsischen Kreisstadt Diepholz derzeit häufiger. Dort hat man sich im Jahr 2023 entschieden, die eigene Recruiting-Strategie zu modernisieren und mit einem konsequenten Social-Media-Recruiting neue Wege zu gehen.

Fotos echter Mitarbeiter*innen

Die Erkenntnis, dass traditionelle Methoden mit Anzeigen in Printmedien oder den gängigen Karriereportalen nicht mehr ausreichend sind, um jüngere Bewerber*innen anzusprechen und für eine Karriere in der Verwaltung zu begeistern, ist nicht neu.

Die Verwaltung entschied daher unter Beteiligung des Personalrates, neben den Stellenausschreibungen im Print-Bereich auch über Social Media für einen Job in der Verwaltung zu werben und ein digitales Bewerberportal in diesen Prozess einzubinden. Mit einem externen Dienstleister wurden je nach Ziel-

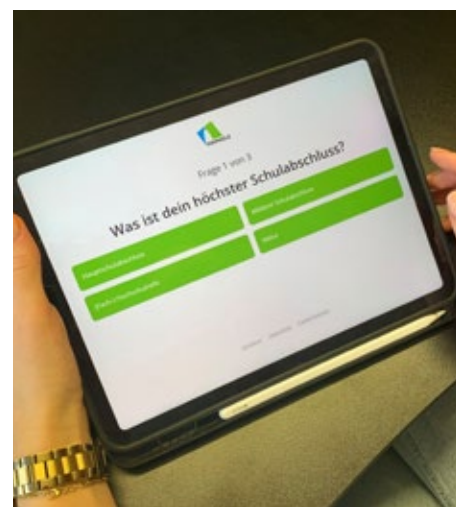
gruppe unterschiedliche Prozesse und neue Anzeigen für den digitalen Einsatz entwickelt. Insbesondere auf die Nutzung von Fotos realer Mitarbeiter*innen der Verwaltung im Rathaus wurde dabei Wert gelegt.

Niedrigschwellig und zielgruppengenau

Um dem typischen Nutzungsverhalten auf Social Media gerecht zu werden, wird nun ein verschlankter Bewerbungsprozess eingesetzt und im ersten Schritt auf die altbekannten Formalitäten wie Lebenslauf und Anschreiben verzichtet. Denn wer im Zug sitzt oder abends auf dem Sofa das Handy in die Hand nimmt, hat diese Dokumente vermutlich nicht griffbereit. Der Fokus liegt vielmehr darauf, niedrigschwellig und Algorithmus-unterstützt geeignete Bewerber*innen zielgerichtet zu erreichen.

„Zweimal wischen, dreimal klicken“ – und schon ist die interessierte Person in der Datenbank. Nach einem telefonischen Erst-

kontakt werden die Unterlagen von vielversprechenden Kandidat*innen im nächsten Schritt angefordert und gesichtet.



Mit wenigen Klicks kommen die Bewerbungen bei der Verwaltung an, und die erste Hürde ist genommen.



Auszubildende werben selbst für neue Nachwuchskräfte.

Die Stadt Diepholz beschäftigt viele junge Mitarbeiter*innen und gewinnt jedes Jahr neue Nachwuchskräfte. Diese verraten häufig ein paar Tipps und Tricks, wie die Verwaltung die jüngere Generation noch besser erreichen kann, und berichten, wie sie selbst auf Stellen im öffentlichen Dienst aufmerksam geworden sind.

Nach den ersten abgeschlossenen Verfahren wird bei der Stadtverwaltung ein durchweg positives Fazit gezogen. Quantität und die Qualität der Bewerbungen, die über Social-Media-Anzeigen eingehen, sowie Rückmeldungen der Bewerber*innen sprechen bisher sehr dafür, dass mit dem Social-Media-Recruiting der richtige Weg eingeschlagen wurde.

Es gibt aber auch Erfahrungen, die nicht positiv waren. Dadurch, dass man sich mit nur wenigen Klicks und einem geringen Aufwand bewerben kann, gehen nämlich auch Bewerbungen ohne ernst gemeinte Absichten und ohne die erforderlichen Qualifikationen ein. Dies bedeutet, dass der Aufwand durch den telefonischen Erstkontakt und die Sichtung der ersten Unterlagen höher sein kann.

Innovative Wege gehen

Dieser mögliche Mehraufwand ist es allerdings nach Einschätzung aller Beteiligten im Rathaus wert. Denn insgesamt kann die Verwaltung der Stadt Diepholz von einer positiven Veränderung durch das Social-Media-Recruiting sprechen.

Die Herausforderung liegt darin, zukunftsorientiert zu handeln und immer wieder innovative Wege zu finden, um qualifizierte Fachkräfte und motivierte Nachwuchskräfte anzuziehen. Diese Zukunftsaufgabe bleibt weiterhin bestehen und deswegen wird in der Stadtverwaltung bereits über weitere Verbesserungen des Verfahrens beraten und die Integration weiterer innovativer Module vorbereitet.



FLORIAN MARRÉ
Bürgermeister der
Stadt Diepholz

Foto: Stadt Diepholz

ANZEIGE



© AWO International/Markus Korenjak

Nothilfe Ukraine

Millionen Familien aus der Ukraine bangen um ihr Leben und ihre Zukunft. Aktion Deutschland Hilft, das Bündnis deutscher Hilfsorganisationen, leistet den Menschen Nothilfe.



Danke für Ihre Solidarität. Danke für Ihre Spende.
Jetzt Förderer werden: www.Aktion-Deutschland-Hilft.de



Von Podcast bis Kochshow

Bürger*innen- Kommunikation in Beratzhausen

In einer Zeit des raschen Wandels ist die Art und Weise, wie wir mit Bürger*innen kommunizieren, von entscheidender Bedeutung. Bürger*innen-Kommunikation war schon immer ein Eckpfeiler jeder Gemeindeverwaltung oder des Gemeindeoberhauptes, aber ihre Bedeutung ist in den letzten Jahren exponentiell gewachsen. Eine effektive Bürger*innen-Kommunikation ist das Rückgrat einer funktionierenden Kommune. Sie ermöglicht es den Bürger*innen, informiert zu bleiben, sich gehört zu fühlen und aktiv am demokratischen Prozess teilzunehmen.

Social-Media-Marke aufbauen

Die Art und Weise, wie Bürger*innen mit ihren Entscheider*innen kommunizieren, hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Früher waren Briefe, Telefonanrufe und persönliche Besuche die vorherrschenden Kommunikationsmittel. Das klassische „Amtsblatt“ oder die „Webseite“ sind weiterhin gute Verteilungsformen. Heutzutage spielt sich jedoch Kommunikation überwiegend über digitale Medien ab. Soziale Medienplattformen wie Facebook und Instagram sind wahrscheinlich in jeder Kommune oder zumindest bei Jungen Bürgermeister*innen das Grundwerkzeug der täglichen Arbeit.

Die Problematik in Sozialen Medien ist jedoch, dass man auf diesen Plattformen mit einem unglaublich hohen Unterhaltungswert anderer „Creator“ konkurriert. Politiker*innen machen hier oftmals den Fehler, ihre Fakten ins Internet zu

stellen, vergessen dabei, aber eine langfristige Social-Media-Marke und -Community aufzubauen. Dadurch dringt die Information häufig nicht durch.

Die Plattform „Hootsuite“ hat 2022 Unternehmer*innen zu den Gründen ihrer Social-Media-Aktivitäten befragt. 90 Prozent sagen „Aufbau einer Marke“, über 70 Prozent „Aufbau einer Community“. Erst abgeschlagen dahinter liegen Motivationsgründe wie „direkte Verkäufe“. Wir müssen deshalb von den Unternehmer*innen lernen und in der Bürger*innen-Kommunikation vorrangig „Marke und Community“ in den Vordergrund der Aktivitäten der Bürgermeister*innen oder der Kommune rücken.

@tiktok_buergermeister

In Beratzhausen haben wir deshalb die Kommunikation stark auf die Personen zugeschnitten. Dies ermöglicht, mehr „Story und Unterhaltung“ um das trockene Amtsgeschäft herum zu bauen und so eine breitere Basis zu schaffen. Die Betreuung außerhalb des Rathauses schafft mehr Freiheiten in der Postingstrategie. Seit 2020 führe ich selbst zudem den TikTok-Account „@tiktok_buergermeister“, der das Berufsbild von Bürgermeister*innen, aber auch die Marktgemeinde zusätzlich herausstellt.

Grundsätzlich bin ich selbst sehr experimentierfreudig, was „neue“ Plattformen angeht. Seit 2022 trete ich regelmäßig auf dem Twitchkanal des „ältesten Wirtshauses der Welt“ in einer Kochshow auf. Zugegeben ist dieses Format gewöhnungsbe-



Der Bürgermeister brutzelt: Matthias Beer (l.) beantwortet Fragen seiner Gemeinde im Rahmen einer Kochshow.

dürftig und am Rande der Seriosität. Es geht relativ grob zu, und mit selbstironischen Kochschürzen und Mutproben in der Küche steht die Unterhaltung im Vordergrund. Dennoch merkt man an den Zuschauer*innenzahlen und Rückmeldungen, dass man ein Publikum erreicht, das man sonst nicht erreichen würde. Während man Gemüse schneidet oder das Steak anbrät, können so niederschwellig Fragen aus dem Stream beantwortet oder eigene Themen angesprochen werden, die uns im politischen Alltag beschäftigen.

Seit diesem Jahr sind zudem zwei neue Podcastkanäle an den Start gegangen. Im Kanal „Beratzhausen Insights“ werden von mir regelmäßig interessante Persönlichkeiten aus der Heimat eingeladen. Ziel ist es, die Facetten der Heimat bekannter zu machen, aber auch eigene Botschaften zu senden.

Der zweite Kanal trägt den Titel „Lerche und Bär“. Zusammen mit dem NJB-Kollegen der Gemeinde Wenzenbach, Sebastian Koch, berichte ich auf selbstironische Art und Weise über das Leben als Bürgermeister. Wir sprechen über Dinge, die uns geärgert haben, oder streiten uns auch über Politik. Diese Zusammensetzung ist auch deshalb unterhaltsam, weil wir beide nicht nur in unterschiedlichen Parteien sind (SPD und CSU), sondern im örtlichen Kreistag auch die Koalitions- bzw. Oppositionsrollen vertreten. Grundsätzlich sind Podcasts auch ein sehr einfaches Mittel, um komplexe Sachverhalte, wie zum Beispiel eine Kostensteigerung beim Schulgebäudeneubau, einfach zu erklären. In einem zehnminütigen Themenblock können deutlich mehr Fakten transportiert werden als in mehrseitigen Statements.

Die Podcasts werden selbst aufgenommen und geschnitten, privat finanziert und haben auch das private Impressum und Urheberrecht.



MATTHIAS BEER
1. Bürgermeister
der Marktgemeinde
Beratzhausen

Foto: Privat

BEIDE PODCASTS ZUM NACHHÖREN

Der Podcast „Beratzhausen Insights“ ist in allen gängigen Portalen kostenlos abrufbar (u. a. bei Spotify, iTunes, Google, Amazon, Alexa ...).



Hier gibt es alle Episoden des Podcasts „Lerche und Bär“

ANZEIGE

wegweiser®

10. Zukunftskongress Staat & Verwaltung | 2024

Leitveranstaltung für das moderne und digitale Deutschland

→ 24.–26. Juni, Berlin, WECC

Zwischen Spitzenpolitik und Innovation

Seit einer Dekade treibt der Zukunftskongress Staat & Verwaltung den digitalen Fortschritt in Deutschland maßgeblich mit voran. Die Schirmherrschaft der Leitveranstaltung hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat. Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme ein!

Die Veranstaltung behandelt verschiedene wichtige Zukunftsthemen, von Digitalisierung und Modernisierung über Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt bis hin zu Demographie und Klimaschutz. Dabei liegt der Fokus darauf, die Handlungsfähigkeit und grundlegenden Strukturen unseres Staates und seiner Verwaltungen in den Mittelpunkt der Diskussionen zu stellen. Um die Demokratie zu stärken, ist es zwingend erforderlich, die Modernisierung Deutschlands voranzutreiben. Der Zukunftskongress versteht sich jedoch nicht als reine Top-Down-Veranstaltung, sondern bietet eine Plattform für offenen Dialog, Austausch und Vernetzung über alle Ebenen hinweg.

Ein besonderes Highlight ist in diesem Zusammenhang das „Zukunftsforum I.III.3 – Das offene Ohr – Bundespolitik im Dialog mit jungen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern“ (24.06.2024, 13.00-14.00 Uhr). Im Mittelpunkt werden die Anliegen der oft übersehenen Kommunalpolitik als direkte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger stehen, um der Entfremdung von der politischen Arena aktiv entgegenzuwirken. Das Forum entsteht in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Junge Bürgermeister*innen, u.a. wird auch Oberbürgermeister Michael Salomo sprechen.



© Wegweiser Media Conferences GmbH / Jens Jaske

WAS? 10. Zukunftskongress
Staat & Verwaltung

WER? 2.000 Entscheidungstragende aus Bund, allen 16 Ländern und Kommunen sowie aus der Wissenschaft, Gesellschaft und der (Digital-)Wirtschaft, darunter u.a. Bundesinnenministerin Nancy Faeser, Bundesumweltministerin Steffi Lemke, Oberbürgermeister Michael Salomo sowie zahlreiche CIOs der Länder

WANN? Vom 24. bis 26. Juni 2024

WO? WECC Berlin
Westhafenstraße, 13353 Berlin

Tickets und das Programm sind ausschließlich auf unserer Webseite www.zukunftskongress.de erhältlich.

Bürger*innenbeteiligung per Smartphone

Liebe Amtskolleg*innen,

als Bürgermeisterin von Zossen in Brandenburg möchte ich Euch von unserer Entwicklung und Zusammenarbeit mit der App „Du bist dein Ort“ berichten – einer digitalen Lösung, die unsere Stadtverwaltung und die Kommunikation mit unseren Bürger*innen revolutioniert hat. Diese Erfahrungen teile ich in der Hoffnung, dass sie auch für Eure Gemeinde wertvolle Einblicke bieten.

Die Herausforderung der Bürger*innennähe

In Zossen standen wir vor der Herausforderung, die Bürger*innennähe zu erhöhen und den Verwaltungsprozess zu modernisieren. Unsere Lösung war die Implementierung von „Du bist dein Ort“, einer App, die nicht nur administrative Aufgaben vereinfacht, sondern auch eine Plattform für direkte Interaktion schafft.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für den Nutzen der App war unsere Umfrage zur Zusammenführung zweier Ortsteile. Die Beteiligung der Bürger*innen war uns ein wichtiges Anliegen, und durch „Du bist dein Ort“ konnten wir eine breite und transparente Diskussion ermöglichen. Die Umfrageergebnisse wurden direkt in der App gesammelt und ausgewertet, was eine unmittelbare Rückmeldung an die Gemeinschaft und eine fundierte Entscheidungsfindung ermöglichte.

Ein weiterer Meilenstein war die Bearbeitung von Meldungen durch unsere Bürger*innen innerhalb eines kurzen Zeitraums. Von kleinen Infrastrukturproblemen bis hin zu größeren Anliegen – jede Meldung wurde dank der intuitiven Bedienung der App und der dahinterstehenden organisatorischen Struktur effizient bearbeitet. Diese Erfahrung hat nicht nur die Effektivität unserer Verwaltungsprozesse unter Beweis gestellt, sondern auch das Vertrauen in die Stadtverwaltung gestärkt.

Die Vorteile: Mehr als nur eine App

„Du bist dein Ort“ hat sich als mehr erwiesen als nur eine digitale Lösung. Es ist ein Werkzeug, das Transparenz, Effizienz und Bürger*innennähe fördert. Durch Features wie den Mängelmelder und das Bürger*innen-Informationssystem konnten wir eine direkte Kommunikationslinie zu unseren Bürger*innen etablieren. Eine besonders innovative Option ist die Möglichkeit einer kostenlosen Nutzung der App für Städte, unterstützt durch Werbung lokaler Unternehmen. Dieses Modell bietet nicht nur den Vorteil, keine direkten Kosten zu verursachen, sondern stärkt auch die lokale Wirtschaft, indem es kleinen und mittleren Unternehmen eine Plattform bietet.

Unsere Erfahrungen in Zossen zeigen, dass der Schritt in die digitale Transformation nicht nur möglich, sondern auch äußerst lohnend ist. „Du bist dein Ort“ hat uns geholfen, die Herausforderungen moderner Stadtverwaltung zu meistern und eine Gemeinschaft zu schaffen, in der jede Stimme gehört wird.

Ich lade Euch ein, diese Möglichkeiten auch für Eure Gemeinde zu erwägen. Die digitale Transformation ist ein Prozess, der Mut und Offenheit erfordert, aber die Vorteile, die sie mit sich bringt – verbesserte Bürger*innenbeteiligung, effiziente Verwaltungsprozesse und gestärkte lokale Gemeinschaften – sind unermesslich.

Mit besten Grüßen aus Zossen,
Eure Bürgermeisterin Wiebke Şahin-Schwarzweiler



WIEBKE
ŞAHIN-SCHWARZWELLER
Bürgermeisterin
Stadt Zossen

Foto: Stadt Zossen

Schon auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune?

Oder noch im Dauerstress, um beispielsweise die Trinkwasserversorgung der Bürger*innen in ausreichender Menge und Qualität sicherzustellen, die Infrastruktur in Schuss zu halten, neue Umweltauflagen wie die Phosphorabscheidung aus Abwasser und Klärschlamm zu erfüllen und potenzielle Risiken für Gesellschaft und Umwelt abzuwenden? Das sind echt herausfordernde Aufgaben!

Als Vorreiter der ökologischen Transformation bieten wir von Veolia maßgeschneiderte Lösungen an, die Kommunen dabei helfen, ihre **Treibhausgasemissionen zu reduzieren** und schnell **klimaneutral zu werden**, während gleichzeitig alle wichtigen Sachen in Ihrer Kommune am Laufen bleiben, Sie die **Kosten stabil halten** und **Ressourcen schonen** können. Zum Beispiel durch innovative Technologien wie **künstliche Intelligenz** für effizientere Wasser- und Abwasseranlagen, **intelligente Energie- und Wärmekonzepte** und ressourcenschonende **Wasserwiederverwendung**.

Lust mehr zu erfahren?

- ▶ IFAT in München: 13.–17. Mai 2024, Veolia-Stand in Halle 6
- ▶ Jahreskonferenz des Netzwerk Junge Bürgermeister*innen in Berlin: 15./16. Mai 2024

„Geglückt, aber nicht garantiert“

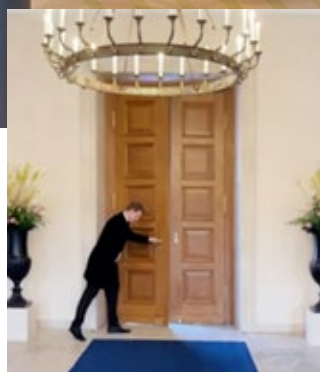
Das Grundgesetz wird 75 Jahre alt. Aus Anlass dieses Jubiläums hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu einer Debatte über Zustand und Zukunft unserer Demokratie eingeladen. Mit dabei auch drei Mitglieder aus dem Vorstand unseres Netzwerks: Michael Salomo, Wiebke Sahin-Schwarzweiler und Martin Aßmuth, außerdem Verbandsgeschäftsführer Henning Witzel.

Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutierten im Schloss Bellevue, wie die Demokratie gegen Anfeindungen von Populisten und Extremisten gestärkt werden kann. Der Bundespräsident betonte in seiner Ansprache, dass es jetzt gilt, sich gemeinsam anzustrengen, um die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts zu schützen. Er schlug vor, entsprechende Regelungen im Grundgesetz zu verankern.

Wie gehen wir in unserer repräsentativen Demokratie damit um, dass populistische Strömungen eine Abgrenzung zwischen „denen da oben“ und „uns da draußen“ propagieren? Vertreter*innen verschiedener Parteien und Expert*innen diskutierten darüber, den Dialog mit der Bevölkerung zu intensivieren und so über diese Kommunikation den Zusammenhalt zu stärken.

Gesprochen wurde in Schloss Bellevue auch über die Teilhabe von jungen Menschen an der Politik. Gerade wenn man sieht, wie sich junge Menschen politische engagieren, etwa in der Klimabewegung, könnte ein Senken des Wahlalters auf 16 Jahre die Demokratie bereichern. Expert*innen und Aktivist*innen beleuchteten die potenziellen Vor- und Nachteile dieser Maßnahme.

Demokratie lebt von Dialog, das wurde in Schloss Bellevue deutlich. Möglich macht das seit 75 Jahren unser Grundgesetz, das aber wie der Veranstaltungstitel sagt „geglückt, aber nicht garantiert“ ist.



Martin Aßmuth überreicht dem Bundespräsidenten ein Shirt der Bürgermeister EM im Mai in Leipzig. (o.) Mit dem parl. Staatssekretär im BMI Johann Saathoff gab es einen gelungenen Austausch über handlungsfähige Kommunen (r.)



Michael Salomo, Henning Witzel und Wiebke Sahin-Schwarzweiler (v.l.)



Fotos: Martin Aßmuth, Michael Salomo, Henning Witzel

Kreativität in der Verwaltung? Ja, bitte!

Jedes Jahr treffen sich über 1.000 Innovator*innen aus aller Welt beim Creative Bureaucracy Festival in Berlin, um gemeinsam darüber zu sprechen, wie sich Kreativität in der Verwaltung auswirkt und warum sie so dringend notwendig ist. Eine der Antworten: Wir müssen von einer „nein, weil“- zu einer „ja, wenn“-Kultur kommen! Als Kooperationspartner in diesem Jahr neu mit dabei: Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen.

VON JOHANNA SIEBEN, DIRECTOR CREATIVE BUREAUCRACY FESTIVAL

Veränderung sichtbar machen

Seit 2018 versammeln sich die kreativen Köpfe des öffentlichen Sektors jedes Jahr im Sommer in Berlin und sprechen darüber, wie die Verwaltung sich verändern muss, um zukunftsfähig zu bleiben und wie Veränderung wirksam werden kann. Der Ruf der Verwaltung ist insbesondere in Deutschland nicht der allerbeste und etwas angekratzt, aber genau das soll sich ändern! Wie wir uns alle an einem Wandel beteiligen können und warum dieser uns auch selbst etwas angeht, damit beschäftigen sich beim Creative Bureaucracy Festival über 180 Speaker*innen und mehr als 1.300 Gäste. Was macht eigentlich die Abteilung nebenan? Welche Lösung hat eine andere Organisation für genau mein Problem schon gefunden und umgesetzt? Und wie funktioniert das mit der Verwaltungsmodernisierung eigentlich in anderen Ländern?

Vertrauen in die Verwaltung stärkt die Demokratie

Um all diese Fragen (und noch viel mehr) geht es beim Creative Bureaucracy Festival. Im Vordergrund steht hierbei die Stärkung der Demokratie. Verwaltung und Bürokratie agieren als Frontend des Staates und bilden die Schnittstelle zwischen Staat und Bürger*innen: Je stärker diese ist und je besser sie funktioniert und positiv wahrgenommen wird, umso mehr steigt auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Doch wie entwickeln wir eine Verwaltung, in der Prozesse schnell und effizient ablaufen und die Menschen im Fokus stehen?

Projekte und Ideen, die Zukunft gestalten

Beim Festival trifft man auf viele Beispiele, die zeigen, wie es geht. Diese Beispiele sind nicht nur kurzweilig und informativ, sie können sehr oft mitgenommen, nachgebaut und lokal umgesetzt werden. Ein Projekt, das beim Festival vorgestellt wird, ist beispielsweise das „Labor der kreativen Köpfe“ der Stadt Regensburg. Dort befindet sich seit 2022 ein Projektlabor für kreative Problemlösungen, das dabei helfen kann, kommunale Herausforderungen neu zu denken und gute Ideen umzusetzen. Ein weiteres Projekt: der Demokratie-Wegweiser. Auf einer Karte nach dem Google-Maps-Prinzip werden Bürger*innen informiert, wer ihre kommunalen Amtsträger*innen und Ansprechpartner*innen sind. So wird Demokratie sichtbar gemacht und der Dialog mit Bürger*innen gestärkt. Am Festival sind jedes Jahr Teilnehmende aus über 35 Ländern beteiligt, die ganze Welt der Verwaltungsinnovation ist zu Gast und gestaltet das Festival mit. Auch mit dabei: das Projekt „Safe water for all“ aus Kamerun. In diesem Projekt geht es um die Einbeziehung lokaler Communities in der Entwicklung von langfristigen Lösungen für sauberes Wasser und sichere Wasserressourcen.

Wie kommt Kreativität in die Verwaltung?

Die Idee des Festivals stammt ursprünglich vom britischen Städteforscher Charles Landry. Im Jahr 2017 beschäftigte er sich in seinem Buch „The Creative Bureaucracy



Fotos: Creative Bureaucracy

**DAS CREATIVE BUREAUCRACY
FESTIVAL FINDET AM 13.06.2024 IN
BERLIN IM FESTSAAL KREUZBERG UND
ANLIEGENDEN LOCATIONS STATT.**

Tickets gibt es unter folgendem Link:
creativebureaucracy.org/de/tickets

Tickets kosten regulär 29 Euro. Mit dem Code **CBF24_WIRKOMMUNALEN** erhalten Leser*innen 25 Prozent Rabatt.

Bereits am 21.03.2024 findet der digitale Auftakt im Rahmen des Digital Kick-Off Day statt, dieser ist per Stream auf creativebureaucracy.org kostenlos zugänglich.

and its radical common sense“ zum ersten Mal mit der Frage nach der Kreativität in der Verwaltung. Um anhaltende Veränderung zu schaffen, bedarf es drei Säulen der Veränderung: Erstens müssen Anreize und Regularien geschaffen werden, die Veränderung sowohl befördern als auch erst ermöglichen. Beispielsweise durch eine bessere Rechtssetzung und angepasste institutionelle Rahmenbedingungen. Zum zweiten müssen Menschen und Organisationen bestärkt und Grundvoraussetzungen für positives Handeln und Veränderung aus eigener Kraft geschaffen werden. Hierzu gehören neue Arbeitsweisen, der Abbau von traditionellen Hierarchien und eine positive Fehlerkultur. Und zuletzt muss das Verhältnis der Verwaltung zur Zivilgesellschaft und Wirtschaft neu gedacht werden. Die Verwaltung muss enger mit beiden Bereichen zusammenarbeiten, um so den Transfer von Wissen, Bedarfen und Innovationen zu erneuern.

Junge Bürgermeister*innen im Dialog

UNSERE KOMMUNEN, UNSERE VERANTWORTUNG

Jahreskonferenz 2024 des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen

Am **15. und 16. Mai 2024** findet die inzwischen fünfte große Konferenz unseres Netzwerks statt. Im **Umweltforum Friedrichshain in Berlin** erwarten wir wieder über 200 junge Bürgermeister*innen und Gäste aus ganz Deutschland.

Neben Reden und Diskussionsrunden mit prominenten Gästen planen wir auch neue Formate wie **Frühstücks-Impulse** oder **Austauschrunden** zwischen Bundesministerien und Bürgermeister*innen.

In **Dialog-Runden** werden Influencer*innen, Wissenschafts- und Wirtschaftsvertreter*innen Impulse geben. Die begleitende Fachausstellung bietet zudem wieder interessante Anregungen für eure Arbeit vor Ort.

Unser Ziel ist es, für euch eine Plattform für intensiven Austausch zu schaffen. Vor allem erwartet euch auch wieder der wichtige kollegiale Austausch untereinander.

Also meldet euch gleich an!

Jetzt online anmelden!

<https://tms.aloom.de/jahreskonferenz-2024-netzwerk-junge-buergermeisterinnen/>



Kombipaket

nur für Bürgermeister*innen

Konferenzticket und
Hotelzimmer zusammen
für nur **EUR 155,-**

Einzelzimmer
vom 15.-16.05.2024,
BB Hotel Berlin Ost

PROGRAMM

MITTWOCH, 15. MAI 2024

15:30 **ORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG**
Netzwerk Junge Bürgermeister*innen e.V.

Begrüßung und Rede

Michael Salomo, Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim und Bundesvorsitzender des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen e.V.

Berichte aus dem Vorstand, Jahresabschluss 2023 und weitere Tagesordnungspunkte

ERÖFFNUNG JAHRESKONFERENZ 2024

16:00 **AUFTAKT-DIALOG**

Kommunalwahlen in Zeiten zunehmenden Populismus - Wege zur Sicherung lokaler Demokratie



Carsten Schneider, MdB, Staatsminister im Bundeskanzleramt und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland



Elisabeth Niejahr, Geschäftsführerin Bereich „Demokratie stärken“ der Hertie Stiftung



Michael Salomo, Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim, Bundesvorsitzender des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen e.V.

Nils Naumann, Ortsbürgermeister Thurland, Bürgermeisterkandidat 2023 in Raguhn-Jeßnitz



Moderation:
Sally Lisa Starken
Anschließend Fragen aus dem Publikum

17:30 **Pause**

18:15 **Einführung in den Abend**
Sally Lisa Starken, Moderatorin

18:30 **ABEND-DIALOG**

Kommunen mit Lust auf Veränderung?



Im Gespräch mit **Gabriele Fischer**, Chefredakteurin brand eins
Anschließend Fragen aus dem Publikum

Im Anschluss mehrere **Dialog-Runden** und **fachlicher Austausch** zwischen jungen Bürgermeister*innen und jungen MdB sowie jungen Bürgermeister*innen aus Deutschland und aus der Ukraine.

DONNERSTAG, 16. MAI 2024

PARALLELE +++ PARALLELE

08:45 FRÜHSTÜCKSDIALOG

Mobilität im ländlichen Raum, interaktive Finanzsteuerung, digitales Personalmanagement etc.



8 Frühstückstafeln mit zugelosten Plätzen. Tischgastgeber referiert über kommunale Themen.

08:45 TECH MEETS CITY

Sechs Bürgermeister*innen treffen sechs Start-ups (gemeinsam mit der Start-up-Initiative des bitkom)

09:45 Eröffnung zweiter Tag

Sally Lisa Starken, Moderatorin

09:50 Speeddating eins

Drei Konferenzpartner stellen ihre Lösungen für Kommunen vor (3 x 3 Minuten).

10:00 DIALOG PRAXIS UND LEHRE

Wie Universitäten helfen können, Kommunen handlungsfähig zu halten



Prof. Dr. Ulf Papenfuß, Lehrstuhl Public Management, Zeppelin Universität Friedrichshafen im Gespräch mit



Dominik Brasch, Bürgermeister Bad Soden-Salmünster, Stv. Bundesvorsitzender des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen e.V.

Anschließend Gruppenfoto der jungen Bürgermeister*innen

11:00 kurze Pause

11:20 Speeddating zwei

Drei Konferenzpartner stellen ihre Lösungen für Kommunen vor (3 x 3 Minuten).

11:30 DIALOG-RUNDE 1

Bundesministerien und Bürgermeister*innen

Parallele Intensiv-Workshops: Vertreter*innen aus Bundesministerien stellen kommunale Ideen/Projekte/Förderprogramme für Kommunen vor (2 x 25 Minuten).

Bezahlbarer Wohnraum

Thorsten Scholz, Abteilungsleiter Z – Zentral- und Grundsatzfragen, Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Kommunale Demokratie – Schutz kommunal Aktiver

Aurelia Stücken, Leiterin Referat H II 1 – Gleichwertige Lebensverhältnisse, Kommunales, Bundesministerium des Innern und für Heimat, und **Marcus Kober**, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Stärkung kommunaler Kulturangebote

Antonia Lahmé, Leiterin Programmentwicklung, Kulturstiftung des Bundes

Nachhaltige Mobilität

Ingo Strater, Leiter des Referats G21 – Nachhaltige urbane und ländliche Mobilität, Netzwerke und Digitale kommunale Verkehrssysteme, Bundesministerium für Digitales und Verkehr, und **Ilka Müller**, Managerin Kommunikation und Kommunale Netzwerke, NOW

PARALLELE +++ PARALLELE +++ PARALLELE

PARALLELE +++ PARALLELE +++ PARALLELE

daviplan – gemeinsames Datentool von BMWSB und BMI für die bedarfsgerechte Daseinsvorsorgeplanung

Christina Böttche, Referat H II 1 – Gleichwertige Lebensverhältnisse, Kommunales, Bundesministerium des Innern und für Heimat, und **Martin Albrecht**, GGR Planung

Handlungskompetenz für Kommunen im demografischen Wandel

Florian Kraupa, stellv. Leiter Referat 316 – Demografischer Wandel, Gleichwertige Lebensverhältnisse, Nachhaltige Entwicklung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und **Christiane Knirsch**, Geschäftsstellenleiterin ZWK

Kommunale Entwicklungspolitik

Barbara Baumbach, Referat G 43 – Länder und Kommunen, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

12:30 Mittagspause

13:30 Speeddating drei

Drei Konferenzpartner stellen ihre Lösungen für Kommunen vor (3 x 3 Minuten).

13:45 DIALOG-RUNDE 2

Expert*innen und Bürgermeister*innen

Parallele Intensiv-Workshops: Influencer, Wissenschafts- und Wirtschaftsvertreter*innen geben Impulse zu aktuellen kommunalen Fachthemen (2 x 25 Minuten).

(Kommunal-)Politik und Gesellschaft

Rayk Anders, Journalist, YouTuber, Influencer

Kirche und Kommune

Anna-Nicole Heinrich, Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Die Mobilitätswende beginnt in den Regionen:

Katja Diehl, Autorin und Aktivistin für neue Mobilität

Energiepreiskrise: Zuerst verstehen, dann handeln

Dirk Specht, Ökonom, Journalist, Aufsichtsrat, Blogger und Lehrbeauftragter WWL und Medien an der DHBW Ravensburg

Kommunen mit Daten steuern

Gesa Johannsen, Team Lead Analytics, Polyteia

Digitalisierung

Daniel Domscheid-Berg, Digital-Aktivist

Kommunale Fördermittel neu denken

Workshop gemeinsam mit **Christian Herrendorf**, u.a. vom Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“

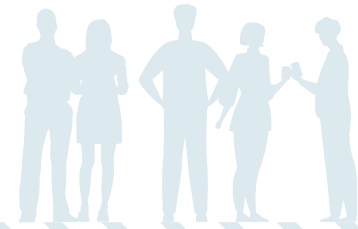
14:45 ABSCHLUSS-DIALOG

15:15 Ende der Veranstaltung

<https://tms.aloom.de/jahreskonferenz-2024-netzwerk-junge-buergermeisterinnen/>



AUSBLICK 2024



📅 5.-9. MAI 2024

**Fußball-EM der
Bürgermeister** in
Leipzig, unter Mitwirkung
zahlreicher Junger
Bürgermeisterkolleg*innen



📅 13.-17. MAI 2024

IFAT in München,
mit „Bürger-
meister*innen-
Tag“ unseres
Partners Veolia



📅 15.-16. MAI 2024

Jahreskonferenz

des Netzwerks Junge
Bürgermeister*innen
2024 im Umwelt-
forum Berlin

📅 13. JUNI 2024

**Creative Bureaucracy
Festival** in Berlin

Unser Netzwerk
ist Themenpartner



📅 24.-26. JUNI 2024

**Zukunftskongress
Staat und Verwaltung
2024** in Berlin

Unser Netzwerk ist Themenpartner

„Unsere Kommunen,
unsere Verantwortung“



📅 11. JULI 2024

Offene Vorstandssitzung in Ilsede

📅 15.-17.
**OKTOBER
2024**

**Smart Country
Convention
2024** in Berlin

📅 vorauss.
NOVEMBER 2024

**Jungbürger-
meister*innen-
Treffen**
in Österreich

📅 24.-26. SEPTEMBER 2024

Innotrans in Berlin



ANZEIGE

30
zfm
JAHRE

WIR KÖNNEN, WAS WIR TUN.
Die Experten für den öffentlichen Sektor.

Personalsuche | Personalauswahl | Personalentwicklung

www.zfm-bonn.de

Veranstaltungen zur kommunalen Entwicklungspolitik

Kommunen beschaffen Produkte aus der ganzen Welt, erzeugen Emissionen, die globale Auswirkungen haben, und sind Heimat für Menschen aus zahlreichen Nationen. Kurzum: Kommunen sind globale Akteure.

Die Angebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) unterstützen und fördern Gemeinden, Städte und Landkreise dabei, sich dieser globalen Verantwortung anzunehmen und sich für Nachhaltigkeit und eine gerechtere Welt im Sinne der Agenda 2030 der Vereinten Nationen einzusetzen – vor Ort und im Globalen Süden. Wir beraten beispielsweise zum Vergaberecht für eine nachhaltige Beschaffung, fördern Personalstellen zur Verankerung entwicklungspolitischer Ansätze in der Kommune und begleiten und unterstützen internationale kommunale Partnerschaften. Dabei geht jede Kommune ihren eigenen Weg.

Machen Sie jetzt den ersten Schritt und engagieren Sie sich in einer kommunalen Partnerschaft wie Hofstetten mit der ukrainischen Partnerkommune Trostjanez oder entwickeln Sie eine Nachhaltigkeitsstrategie wie die Stadt Pattensen.

Unsere Veranstaltungsformate helfen Ihnen auf dem Weg in ein entwicklungspolitisches Engagement. Die Veranstaltungen richten sich insbesondere an Kommunalpolitiker*innen sowie kommunale Verwaltungsangestellte.

ONLINE-EINSTIEGSEMINAR

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE HANDLUNGSOPTIONEN IN IHRER KOMMUNE

- Was ist kommunale Entwicklungspolitik?
- Was hat die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit meiner Kommune zu tun?
- Was können wir vor Ort tun und welche Förderung können wir erhalten?

Termine: 15. Mai 2024, 09:30 – 12:00 Uhr | 11. September 2024, 09:30 – 12:00 Uhr

ONLINE-SEMINAR

EINSTIEG IN DIE KOMMUNALE PARTNERSCHAFTSARBEIT

- Wie können wir eine internationale kommunale Partnerschaft aufbauen?
- Wie kann internationale Partnerschaftsarbeit auf Augenhöhe gelingen?

Termine: 27. März 2024, 10:00 – 12:30 Uhr | 02. Juli 2024, 10:00 – 12:30 Uhr

ONLINE

SDG SEMINAR-REIHE

- Wie können Kommunen die globalen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) in ihr Verwaltungshandeln integrieren?
- Wie können externe Akteur*innen eingebunden werden, sodass Nachhaltigkeit in der Kommune ein Projekt aller wird?
- Welche Faktoren tragen dazu bei, dass die Strategien anschließend auch umgesetzt werden?

Termine: Jeden 3. Donnerstag im Monat, 9:30 – 12:30 Uhr

Diese Personalsoftware begeistert die Stadt Worms

Öffentlicher Dienst und Digitalisierung – ein Traumpaar? Zumindest im Fall der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH, die für ihre Personalprozesse auf die ganzheitliche HR-Plattform von Personio setzt.

Entdecken Sie, wie die HR-Managerinnen der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH dank Personio mit nur einem Klick zum fertigen Dokument gelangen und so pro Woche eine Stunde Arbeit einsparen.



Jetzt die ganze
Erfolgsstory
entdecken



„Für alle Prozesse gibt es standardisierte Vorlagen. Manuelle, fehleranfällige Änderungen waren gestern“

bestätigt Lisa Köhler, verantwortlich für das Personalmanagement der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH.